

## Unterrichtung

Präsident des Landtages  
von Sachsen-Anhalt

Magdeburg, 12. Mai 1999

### **Verfassungsschutzbericht 1998**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Minister des Innern, Herr Dr. Püchel, übergab dem Landtag im Auftrag der Landesregierung am 11. Mai 1999 gemäß § 15 Abs. 1 des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Land Sachsen-Anhalt (VerfSchG-LSA) vom 14. Juli 1992 (GVBl. LSA S. 590), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Haushaltsbegleitgesetzes vom 30. März 1999 (GVBl. LSA S. 120), den Verfassungsschutzbericht des Landes Sachsen-Anhalt 1998 mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Federführend ist das Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt.

Die Unterrichtung des Landtages erfolgt gemäß § 54 Abs. 1 Satz 2 der Geschäftsordnung des Landtages von Sachsen-Anhalt.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Schaefer

Anlage

*Hinweis:*

*Die Ausgabe des gedruckten Verfassungsschutzberichtes 1998 erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.*

(Ausgegeben am 14.05.1999)



# Verfassungsschutzbericht 1

Landtag von Sachsen-  
Dritte Wahlperiode

Anlage zu  
Drucksache 3/1615 B  
10.08.1999



**Sachsen-Anhalt**

# **Verfassungs- schutzbericht 1 9 9 8**

**Ministerium des Innern  
des Landes Sachsen-Anhalt**

**Berichtszeitraum 01.01. - 31.12.1998**

## IMPRESSUM

- HERAUSGEBER:** Ministerium des Innern  
des Landes Sachsen-Anhalt  
Halberstädter Straße 2/  
am „Platz des 17. Juni“  
39112 Magdeburg
- BEZUGSADRESSE:** Ministerium des Innern  
des Landes Sachsen-Anhalt  
Abteilung 5  
Zuckerbusch 15  
39114 Magdeburg
- TELEFON:** (0391) 567-3900
- TELEFAX:** (0391) 567-3999
- INTERNET:** <http://www.mi.sachsen-anhalt.de/verf98/>
- E-MAIL:** [verfassungsschutz @ abt5.mi.lsa](mailto:verfassungsschutz@abt5.mi.lsa)
- DRUCK:** Statistisches Landesamt Sachsen  
Merseburger Straße 2  
06112 Halle/Saale  
  
Henner Verlag Grennigloh & Co  
Verlängerte Apoldaer Str. 18  
06116 Halle (Saale)
-

## VORWORT

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt haben eine wertorientierte demokratische Staatsordnung geschaffen, die jedermann weitreichende Freiheitsrechte gewährt. Zum Schutz dieser Freiheit und anderer Grundprinzipien unserer Verfassung verfügt unser Rechtsstaat über ein umfangreiches Instrumentarium. Die Arbeit des Verfassungsschutzes ist dabei ein unverzichtbarer Bestandteil praktizierter wehrhafter Demokratie.



Allerdings ist der Schutz unserer Demokratie nicht nur Aufgabe der staatlichen Behörden, sondern aller Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Ihre Bereitschaft, sich mit unserer Verfassung zu identifizieren, an ihrer Bewahrung mitzuwirken und gegen die Gegner des demokratischen Rechtsstaates entschlossen einzutreten, ist der beste und wirksamste Verfassungsschutz.

Aus diesem Grunde ist es notwendig, die Öffentlichkeit über die Arbeit des Verfassungsschutzes zu informieren und sie über Ziele und Absichten extremistischer Bestrebungen zu informieren.

## VORWORT

Der nunmehr für 1998 vorliegende Bericht gibt einen Überblick über die Ergebnisse der Arbeit des Verfassungsschutzes zur Beobachtung des politischen Extremismus und der Sicherheitsorganisation. Daneben informiert der Bericht über die Ergebnisse der Spionageabwehr und die Tätigkeit des Verfassungsschutzes im Bereich des Geheimschutzes.

Im Jahr 1998 ist der Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt auch in den Jahren zuvor, der Arbeitsschwerpunkt des Verfassungsschutzes gewesen. Während die Zahl der rechts extremistisch motivierten Straftaten zurückging, ist die Zahl der Straftaten in diesem Bereich gestiegen - ein Trend, dem entgegengetreten werden muss. Die bis wenige Wochen vor der Landtagswahl im April 1998 in Sachsen-Anhalt kaum bekannte DVU erzielte einen erschreckenden Überraschungserfolg mit einem von populistischen Parolen geprägten und einem finanziellen Aufwand geführten Wahlkampf. Sie hat nun, funktionsfähige Parteistrukturen im Lande aufgebaut. Es ist weiterhin höchste Wachsamkeit gefordert, wie auch über der NPD, die ihre Bemühungen um sogenannte Bündnisse mit dem gesamten erreichbaren rechtsextremen Spektrum einschließlich der gewaltbereiten Skinheads hat.

Insgesamt ist festzustellen, dass der Rechtsextremismus sich offensiver und damit auch gefährlicher geworden ist. Er nutzt neue Medien für seine Zwecke verstärkt. Wer den Extremismus zurückdrängen will, muss insbesondere seine Ursachen angehen und versuchen, Weltoffenheit und Toleranz mit Stabilität, mit Perspektiven und mit Entwicklungschancen für Einzelnen zu verbinden.

Gefahren aus dem Linksextremismus drohen vor allem von gewaltbereiter Autonomie. Die politisch motivierten

## VORWORT

taten sind 1998 im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen, allem in einem selbstdefinierten „Antifaschismus“, worin die Gruppierung auch den Kampf gegen Staat und Gesellschaft versteht, liegt ein ernstzunehmendes Gefährdungspotential vor.

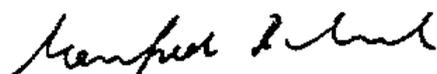
Daneben sind auch verstärkte linksextremistische Aktivitäten zu beobachten, dem Einzug der DVU in den Landtag und dem damit verbundenen Erstarren von Rechtsextremisten im Lande zu beobachten.

Besondere Aufmerksamkeit verdient auch, dass die Gruppierungen den politisch-argumentativen und den gewalttätigen Gruppierungen des linksextremistischen Spektrums zuzunehmen und sich mehr und mehr der neuen Informationstechnologie zur Organisation und Verbreitung von verfassungsfreundlichen Aktivitäten bedienen.

Der Verfassungsschutzbericht 1998 stellt erneut unter, dass der Rechtsstaat auf einen handlungsfähigen Verfassungsschutz nicht verzichten kann.

Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verfassungsschutzes für ihre engagierte Arbeit, mit der sie einen wesentlichen Beitrag zum Erkennen der Gefährdungen und zum Erhalt unserer freiheitlichen demokratischen Grundwerte leisten.

Magdeburg, im Mai 1999



Dr. Manfred Püchel  
Minister des Innern

## VORWORT

### I. ÜBERBLICK

### II. RECHTSEXTREMISMUS

RECHTSEXTREMISTISCH ORIENTIERTE JUGENDLICHE

Veranstaltungen mit Skinheadbands

Musikvertriebe in Sachsen-Anhalt

Gewaltbereite Rechtsextremisten

Übersicht über die Straf- und Gewalttaten

### NEONAZISTISCHE ORGANISATIONEN UND GRUPPIERUNGEN

Gruppierungen im Harzberëich

„Kameradschaftsverband Wernigerode“

„Kameradschaft Blankenburg/Quedlinburg“

„Harzblick-Szene“

„Kameradschaft Wittenberg“

„Freiheitlicher Volks Block“ (FVB)

Neonazistische Publikation „Volkstreue Zeiten“

### RECHTSEXTREMISTISCHE PARTEIEN UND ORGANISATIONEN

„Deutsche Volksunion“ (DVU)

„Die Republikaner“ (REP)

„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

und „Junge Nationaldemokraten“ (JN)

### ORGANISATIONENÜBERGREIFENDE AKTIVITÄTEN

Die Rudolf-HESS-Kampagne 1998

Aktionen anlässlich des Volkstrauertages

### NUTZUNG NEUER MEDIEN DURCH RECHTSEXTREMIS

## III. LINKSEXTREMISMUS

### AUTONOME

Geschichtliche Entwicklung und ideologisch-politischer Standort

Aktivitäten der Autonomenszene in Sachsen-Anhalt

Aktivitäten von Linksextremisten in der Anti-Atomkraft-Bewegung

Linksextremistischer Widerstand gegen die „EXPO 2000“

Linksextremistisch motivierte Straftaten

### LINKSEXTREMISTISCHER TERRORISMUS

„Rote-Armee-Fraktion“ (RAF)

„Antiimperialistische Zelle“ (AIZ)

„Rote Hilfe e. V.“ (RH)

### LINKSEXTREMISTISCHE PARTEIEN UND ORGANISATIONEN

Traditionell revolutionär-marxistische Parteien und Organisationen

## IV. SICHERHEITSGEFÄHRDENDE UND EXTREMISTISCHE BESTREBUNGEN VON AUSLÄNDERN

Ideologischer Hintergrund

„Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)

Andere extremistische Ausländerorganisationen

Ausländerextremistisch motivierte Straftaten

## V. „SCIENTOLOGY“-ORGANISATION

---

# INHALTSVERZEICHNIS

## **VI. SPIONAGEABWEHR**

Allgemeines

Spionageabwehr mit Hilfe der Bevölkerung  
Fortwirkende Strukturen und Tätigkeiten der  
Aufklärungs- und Abwehrdienste der DDR

## **VII. GEHEIMSCHUTZ**

Allgemeines

Geheimschutz im Behördenbereich  
Geheimschutz in der Wirtschaft

## **VIII. VERFASSUNGSSCHUTZ IN SACHSEN-ANHALT**

Grundlagen und organisatorische

Ausgestaltung des Verfassungsschutzes

Aufgaben des Verfassungsschutzes

Keine polizeilichen Befugnisse

Methoden und Mittel nachrichtendienstlicher  
Tätigkeit

Datenschutz

Auskunftserteilung

Kontrolle

Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes

## **ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS**

## **STICHWORTVERZEICHNIS**

## **I. ÜBERBLICK**

Der Rechtsextremismus ist nach wie vor Beobachtungspunkt der sachsen-anhaltischen Verfassungsschutzbehörden. Es ergibt sich zum einen aus dem hohen Niveau der von rechtsextremistischen Straftätern begangenen Straf- und Gewaltverbrechen, zum anderen aus den politischen Aktivitäten des rechtsextremen Parteienspektrums.

Bei der Wahl zum sachsen-anhaltischen Landtag errang die „Deutsche Volksunion“ (DVU) 12,9 Prozent der Zweitstimmen und zog in Fraktionsstärke mit 16 Abgeordneten ins Landtagparlament ein.

In der Folge steigerte die DVU ihre Mitgliederzahl und baute ihre Infrastruktur weiter aus, während sich die „Die Republikaner“ nach parteiinternem Richtungsstreit in einem desolaten Zustand befinden und die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) zwar neue Mitglieder gewinnen, aber ihre schwache Organisationsstruktur nicht verbessern konnte.

Unter den neonazistischen Gruppierungen in Sachsen-Anhalt zeigte sich insbesondere der „Freiheitliche Volks Block“ (FVB) aktiv. Sogenannte „Kameradschaften“ in verschiedenen Teilen des Landes sind Sammelbecken rechtsextremistischer Sympathisanten. Neonazis sowie rechtsorientierter Jugendlicher gewinnen zunehmend an Aktivität und werden zunehmend in die Aktivitäten der NPD und ihrer Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) einbezogen.

Im Berichtsjahr vertrieben Rechtsextremisten bundesweit ihre Propaganda im Internet. Damit gelang ihnen eine nationale und internationale Verbreitung von Informationen (politische Ziele, Werbung neuer Mitglieder, Mobilisierung zu Aktionen). Dieses Kommunikationsmedium bietet neben der Anonymität und jederzeitiger Verfügbarkeit auch Archivierungsmöglichkeiten und die Chance, deutsche Strafvorschriften zu umgehen.

## ÜBERBLICK

In Sachsen-Anhalt gibt es derzeit keine Anhaltspunkte terroristische Bestrebungen.

Im Bereich Linksextremismus sind im Berichtszeitraum tisch motivierten Straftaten erneut angestiegen. Für wicklung verantwortlich zeichnen gewaltbereite Autor ihre Schwerpunkte in Magdeburg, Halle und Dessau h gewaltbereite linksextremistische Szene konzentrierte nehmllich auf die Thematik „Antifaschismus“, worum nicht nur der „Kampf gegen Faschos“ verstanden wird wird der Begriff instrumentalisiert und auf Staat und G ausgedehnt.

Verstärkte Aktivitäten von Linksextremisten waren im und Bundestagswahlkampf festzustellen, bei denen zahlreichen Sachbeschädigungen, auch zu Körperver gekommen ist.

Dagegen traten linksextremistische Parteien und Organ politisch kaum in Erscheinung.

Von zunehmender Bedeutung für die Sicherheitsbehörden Nutzung von neuen elektronischen Kommunikations durch Extremisten. Die technische Entwicklung wird vo tremisten aller Richtungen aufmerksam verfolgt. Gru Personen sind seit etwa zwei Jahren im Internet verti Zahl der Nutzer nimmt weiter zu.

Im Bereich des Ausländerextremismus stand die Beobac „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) im Vordergrund. Die die sich nach ihrem Betätigungsverbot 1993 in der Bu blik Deutschland europaweit bemühte, weitgehend gev die Kurdenproblematik in der Türkei hinzuweisen, ve Strukturen, die es ihr erlauben, innerhalb kürzester große Zahl von Mitgliedern und Sympathisanten zu m und darauf hinzuwirken, dass solche Versammlungei oder unfriedlich verlaufen. Dies zeigte sich in aller D

## ÜBERBLICK

anlässlich der Entführung ihres Führers Abdullah Öcalan in Kenia und seine Verbringung in die Türkei im Frühjahr 1998. In Sachsen-Anhalt beschränkten sich die bisherigen Aktivitäten der PKK auf Spendensammlungen, teilweise unter Anwendung von Gewalt, und auf wenige, friedliche Demonstrationen.

Die Scientology-Organisation (SO) wird seit 1997 von Verfassungsschutzbehörden beobachtet.

Aus der Fülle der Grundsatzschriften und internen Anweisungen lassen sich Anhaltspunkte dafür entnehmen, dass die SO verfolgt, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu zerstören oder in Teilen zu beseitigen oder außer Kraft zu setzen.

---

## II. RECHTSEXTREMISMUS

Die Parteien, Organisationen, losen Gruppierungen und Personen, die als rechtsextremistisch einzustufen sind, über kein einheitlich festgefügtes ideologisches System kämpfen aus einer rassistisch und nationalistisch geprägten Motivation heraus offen oder verdeckt die freiheitliche demokratische Grundordnung, um an ihre Stelle eine totalitäre, aber autoritäre Regierungsform mit Führerprinzip zu setzen.

Rechtsextremismus in Deutschland lässt sich grundsätzlich in drei Erscheinungsformen einteilen:

- rechtsextremistisch orientierte Jugendliche,
- organisierter Neonazismus,
- rechtsextremistische Parteien und Organisationen

### RECHTSEXTREMISTISCH ORIENTIERTE JUGENDLICHE

Ein großer Teil der rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen besteht aus Skinheads. Die Skinheadszenen entstanden in den 60er-Jahre Jahre im Londoner Eastend. Steigende Arbeitslosigkeit führte dort zur Entwicklung einer zunächst unpolitischen Subkultur. Ende der 70er-Jahre wurde auch die Bundesrepublik Deutschland mit der Skinheadbewegung konfrontiert. In England war aber nicht soziale Not, sondern das Unverständnis einiger Jugendlicher gegen vermeintliche gesellschaftliche Zustände die Ursache für das Entstehen der deutschen Skinheadszenen.

Während sich die Hinwendung der Skinheads zum rechtsextremistischen Gedankengut in den alten Bundesländern vollzog, war die rechtsextremistische Einstellung der Skinheads in den neuen Bundesländern stärker ausgebildet. Schon

Zeiten hatten sich ostdeutsche Skinheads als Opposition den kommunistischen Partei- und Staatsapparat verstanden. Auch heute verfolgen Skinheads ihre Ziele nicht im politischen Meinungsstreit; hingegen ist die Bereitschaft Gewalt anzuwenden stärker ausgeprägt. Gewaltanwendung ist wesentliches Kommunikationsmittel<sup>1</sup>; sie meinen, Recht und Ordnung in ihre Hände nehmen zu müssen. Gewalt ist in erster Linie Selbstverwirklichung und Ausdruck ihres von einem übersteigerten Männlichkeitswert geprägten „Just for fun“-Mentalität gekennzeichneten Lebensglaubens.

Schwerpunktbereiche der rechtsextremistischen Skinheadszenen in der DDR-Jugendszene liegen in Magdeburg, in den Regionen Altmark und Sangerhausen sowie im Harzbereich.

Rechtsextremistische Skinheads artikulieren ihre Einstellungen in sogenannten Fanzines<sup>1</sup>, in denen Tonträger vorgestellt werden. Skinhead-Bands ein Forum zur Selbstdarstellung gegeben. In Fanzines werden Interviews, Konzert- und Szeneberichte veröffentlicht. In Sachsen-Anhalt sind die Fanzines „Der Harz-Sturm“ (Raum Wernigerode), „Ostara“ (Raum Sangerhausen) und „Sachsen 88“ (Gräfenhainichen, Landkreis Wittenberg) verbreitet. Über die Bundesrepublik hinaus gibt es bundesweit über 40 weitere Skinhead-Fanzines, die vereinzelt auch in der rechtsextremistischen Szene in Sachsen-Anhalt kursieren.

Die Skinheadszenen bilden ein breites Spektrum, zu dem neben politisch unpolitisch eingestellten Personen vor allem rechtsextremistisch orientierte Skinheads gehören. Neonazistische Zirkel gewinnen zunehmend Erfolg bei Veranstaltungen und privaten Zusammenkünften von Skinheads Kontakte.

Innerhalb der rechtsextremistischen Skinheadszenen sind in den letzten Jahren Strukturierungsversuche erkennbar geworden.

---

<sup>1</sup> „Fanzine“ ist ein Kunstwort. Es setzt sich aus den beiden Teilen „Fan“=Anhänger und „Magazin“ zusammen.

sich in der Fortführung kleinerer lokaler Skinheadgruppen wie „Ostara“-Skinheads<sup>2</sup> oder „White Power“-Skinheads im Fortbestand von Regionalkameradschaften zeigte. In Sachsen-Anhalt haben sich 1998 lose strukturierte Zusammenschlüsse, sogenannte Kameradschaften, als von „Organisierung ohne Organisation“ fest etabliert. Mitglieder/Sympathisanten unterstreichen damit ihre Eigenständigkeit und Unabhängigkeit und grenzen sich bewusst voneinander ab. Neben der am längsten in Sachsen-Anhalt existierenden Gruppierung in Tangermünde agieren noch Kameradschaften in Klötze, Salzwedel, Magdeburg, Schönebeck, Tangerhagen, Sangerhausen, Blankenburg/Quedlinburg und Wernigerode. Der Kern dieser Kameradschaften gehören jeweils zwischen 10 und 20 Personen an. Diese Personenzusammenschlüsse sind durch die „Kameradschaftsverband Wernigerode“ - durch seine „Kameradschaftsführertreffen“ miteinander verflochten und verfügen über ein Mobilisierungspotential von bis zu 150 Personen, die angesprochen werden kann. Die Organisatoren versuchen, durch die Skinheadszene neue Mitglieder für die NPD/JN zu gewinnen.

Ein Ausdruck erhöhter Qualität von Kommunikation zwischen Kameradschaften ist unter anderem daran zu erkennen, dass der „OSTARA“-Skinhead der Kameradschaft Sangerhausen als Betreiber der Mailbox „KYFFHÄUSER. BBS“ bekannt wurde. Der Kameradschaftsführer und weitere Mitglieder der Kameradschaften Salzwedel, Schönebeck und Sangerhausen als Nutzer der Mailbox in Erscheinung getreten sind.

<sup>2</sup> „OSTARA“, germanische Erd- und Frühlingsgöttin.

<sup>1</sup> „White Power“-Skinheads tragen an ihrer Jacke eine weiße Faust, das Emblem der Bewegung, die sich für eine ethnisch reine Rasse der Weißen stark macht. „White Power“-Skinheads sind meist fremdenfeindlich und antisemitisch eingestellt.

## RECHTSEXTREMISMUS

Die Skinheadbewegung „Blood & Honour“ agiert seit 80er-Jahre weltweit im Skinheadmilieu. Seit 1995 sind in der „Blood & Honour“-Bewegung in Deutschland mittlerweile existieren in mehreren Bundesländern „Blood & Honour“-Sektionen mit etwa 200 Mitgliedern. In Sachsen gehören zirka 25 Personen zu dieser einflussreichen Skinheadbewegung.

Eine zentrale Führungsebene existiert nicht, es bestehen internationale Kontakte. Verbindendes Element der Bewegung neben der aggressiven Musik die Vision von der globalen Dominanz der weißen Rasse. Ziel ist, die Skinheadszenen national und internationalistisch zu indoktrinieren.

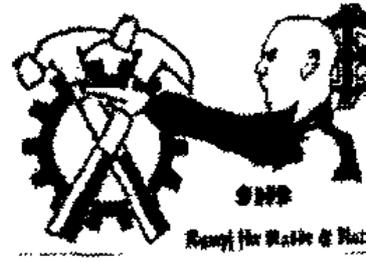


Darüber hinaus agieren innerhalb der rechtsextremen Skinheadszenen sogenannte „Hammerskins“, die in den 1970er Jahren in den USA entstanden.

Seit 1996 stellen deutsche Skinheads Informationen über Hammerskins in eine eigene, englischsprachige Internet-Homepage ein. Als Kontaktadresse wird dort für Sachsen-Anhalt die Postanschrift des „Ultima-Tonträgervertriebes“ in Halle genannt.



# H A M M E R S K I N



Das Zeichen der Hammerskins besteht aus zwei gekreuzten Zimmern in einer Raute, die den „gemeinsamen Kampf der weißen Arbeitervaterland und Rasse“ deutlich machen soll.

## ◆ **Veranstaltungen mit Skinheadbands**

Nach wie vor stellen Konzerte mit Skinheadbands einen kommunikativen Faktor innerhalb der rechtsextremen Szene der Bundesrepublik Deutschland dar und trugen in hohem Maße zu deren Verflechtung bei. Sie sind zu einem Beweis für die Mobilisierungsfähigkeit der Szene. Allgemein beobachten, dass Konzerte für Heranwachsende oft den „Einstieg“ in die rechtsextremistische Szene ermöglichen. Wie im gesamten Bundesgebiet ist auch in Sachsen-Anhalt die Anzahl rechtsextremistischer Konzerte gestiegen. In der letzten Zeit kam es häufig zu so genannten „Propagandadelikten“. So wurden lautstark nationalsozialistische Parolen skandiert, der „Hitlergruß“ entboten und Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gezeigt.

## RECHTSEXTREMISMUS

Die Skinheadbands tragen auch Musiktitel vor, deren Grund ihrer fremdenfeindlichen und volksverhetzenden durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende (BPjS) indiziert sind. Daneben werden auf den Konzerten rechtsextremistischen Vertriebsfirmen unter anderem CDs und Tonträger verkauft, die die Straftatbestände nach § 130 Strafgesetzbuch (StGB) erfüllen.

Im Berichtszeitraum fanden mehrere rechtsextremistische Skinheadkonzerte statt, von denen im Folgenden einzelne genannt werden.

Am 23. Mai traten in Sandersdorf (Landkreis Bitterfeld) bei einem Skinheadkonzert eine Band aus Niedersachsen und „M...“ aus Dessau auf. Nachträglich wurde bekannt, dass etwa 80 Teilnehmer bei der Veranstaltung T-Shirts mit Aufschriften wie „Ku-Klux-Klan“, „White Power“, „88“<sup>4</sup> und „Thule“ trugen und mehrmals „Heil Hitler“ und „Jud...“ skandierten. Unter anderem wurde auch das Lied „Blut...“ auf einer indizierten CD „Schöne Welt“ der Gruppe „Tonstörung...“ getragen. (Aus diesem Lied stammt unter anderem die Textzeile *laß die Messer flitzen, in den Türkenleib ... Blut muß fließen pellagelig...*).

Im September kam es in Großkorbetha zu einem weiteren Skinheadkonzert. Vor rund 450 Teilnehmern aus Bayern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen sowie den Niederlanden traten neben Skinheadgruppen aus Bayern, Brandenburg und Thüringen auch eine Band aus den USA auf. Im Veranstaltungsverlauf es auch hier mehrfach zu „Sieg Heil“-Rufen und dem „Hitlergruß“.

<sup>4</sup> Die Zahl 88 steht in rechtsextremistischen Kreisen für das H, den B. Buchstaben in der Dopplung bedeutet dies also HH=„Heil Hitler“.

### ◆ Musikvertriebe in Sachsen-Anhalt

Am Rande von Skinhead-Konzertveranstaltungen sind Vertriebe zu finden, die auf direktem Weg Angehörige der rechtsextremistischen Szene ihre Angebote unterbreiten. Sie reichen von Tonträgern mit rechtsextremistischer Musik über Fanzines bis hin zur Bekleidung im szenetypischen Outfit.

Mitte des Jahres stellten die Strafverfolgungsbehörden im Rahmen einer bundesweiten Aktion über 42.000 Tonträger mit rechtsextremistischen, zum Teil volksverhetzenden Inhalten sicher. Aus dem Raum Halle ansässigen Vertriebsfirmen „Mitteldeutschland Versand“ und „Ultima Tonträgervertrieb“, die ebenfalls Tonträger anbieten, wurden durchsucht.

Bei der Einreise aus den Niederlanden im Juli wurde der Betrieb des „Ultima Tonträgervertriebes“ kontrolliert und der Betrieb durchsucht. Hierbei stellten die Zollbeamten diverse Tonträger sicher. Beispiel indizierte CDs mit dem Titel „Trotz Verbot nicht aufhören“ wie „Live in Club Walhalla“ der Gruppe „Kraftschlag“ sind.

Am 16. Oktober beschlagnahmte die Polizei in Braunschweig, Hamburg und Sachsen-Anhalt eine Vielzahl volksverhetzender CDs der Berliner Band „Landser“ und stellte diverse rechtsextremistisches „Propagandamaterial“ sicher. Überdies wurden sechs Personen unter dem Verdacht fest, an der Einfuhr und dem Vertrieb der CDs beteiligt gewesen zu sein. Gegen vier Personen wurden Haftbefehle erlassen, unter ihnen befanden sich zwei Personen aus Sachsen-Anhalt wegen des Verdachts, als Vertriebshändler tätig zu sein. Die bei diesen beiden Personen im Anschluss durchgeführten Durchsuchungen lieferten eine Vielzahl beschlagnahmter Gegenstände (unter anderem Hakenkreuz mit SS-Runen, Schlüsselanhänger mit Hitlerbildnis und Hakenkreuz, Reichsadler mit Hakenkreuz, diverse Fotografien und Briefe) als Beweis für ihre Zugehörigkeit zur rechtsextremistischen Szene.

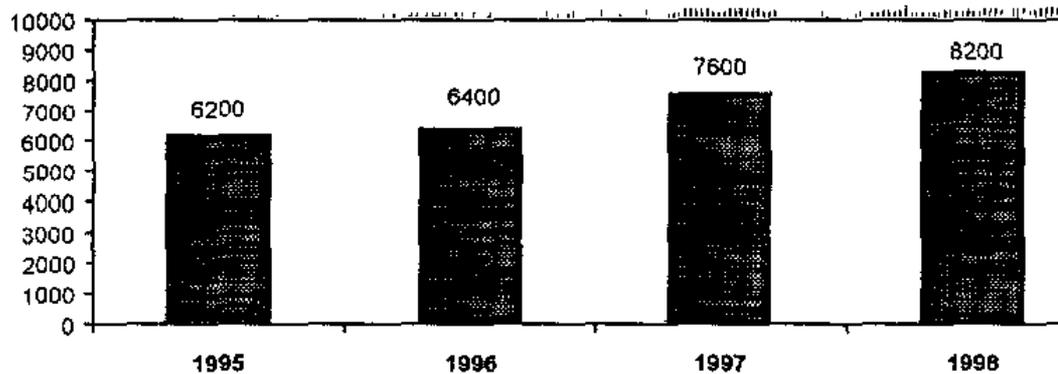
# RECHTSEXTREMISMUS

## ◆ Gewaltbereite Rechtsextremisten

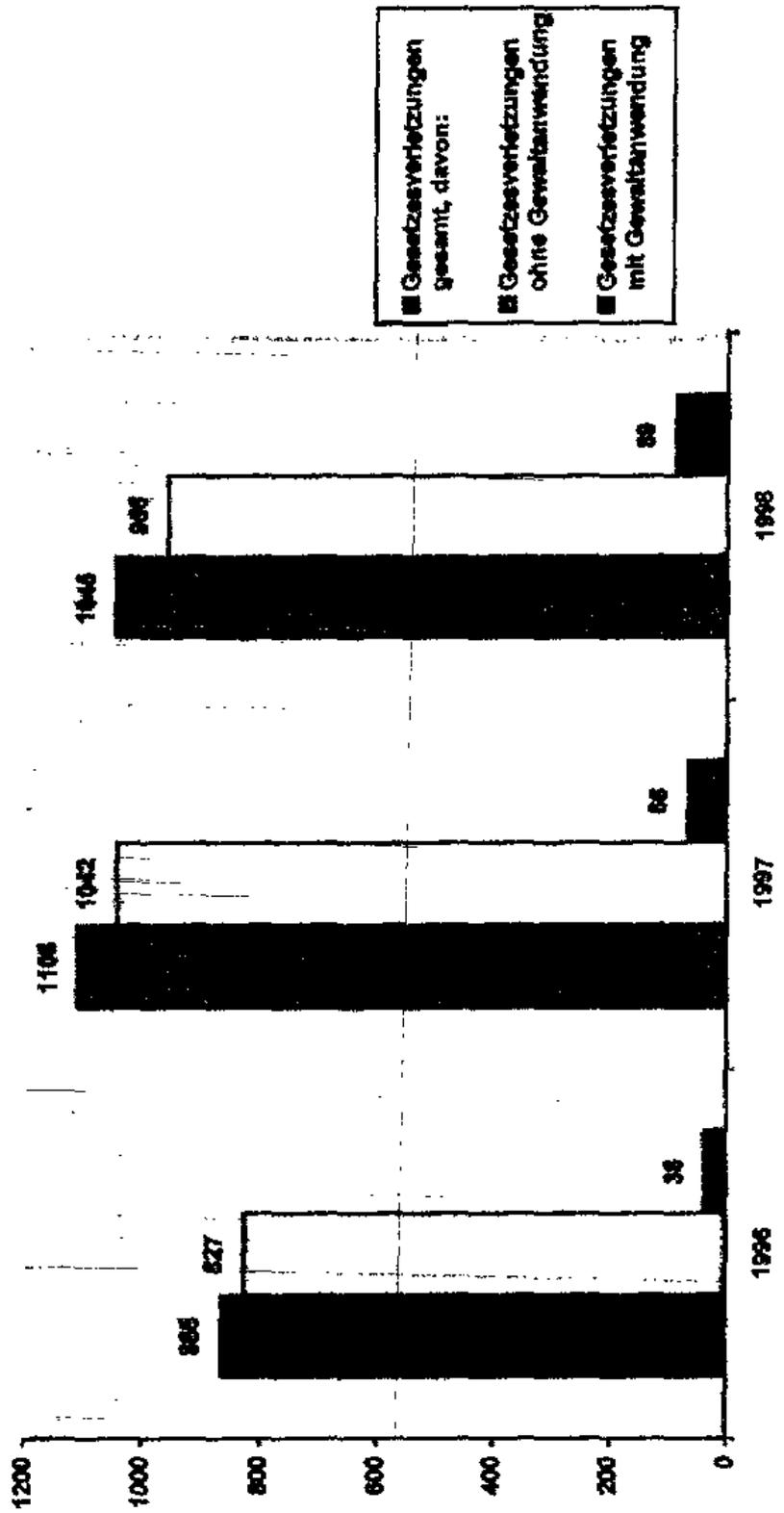
Die Gesamtzahl gewaltbereiter Rechtsextremisten ist bis im Berichtszeitraum erneut angestiegen und wird nun auf 8.200 Personen (1997: 7.600) geschätzt.

In Sachsen-Anhalt sind derzeit etwa 650 gewaltbereite Rechtsextremisten bekannt. Damit stieg ihre Zahl gegenüber dem Vorjahr (rund 600) an. Das gewaltbereite rechtsextremistische Milieu stellt auch weiterhin ein ernstzunehmendes Gefährdungspotential für die innere Sicherheit des Landes Sachsen-Anhalt dar.

Zahl gewaltbereiter Rechtsextremisten bundesweit



**Gesetzesverletzungen mit erwiesenem oder zu vermutendem rechtsextremistischem Hintergrund**



## RECHTSEXTREMISMUS

### ◆ Übersicht über die Straf- und Gewalttaten<sup>5</sup>

1998 verübten Rechtsextremisten in Sachsen-Anhalt 1.108 Straftaten, davon 89 Gewalttaten und 956 sonstige Straftaten.

Rechtsextremistische Straftaten	1996	1997
<b>Straftaten insgesamt:</b>	<b>865</b>	<b>1108</b>
• Gewalttaten	38 <sup>6</sup>	66 <sup>6</sup>
• sonstige Straftaten	827 <sup>6</sup>	1042 <sup>6</sup>

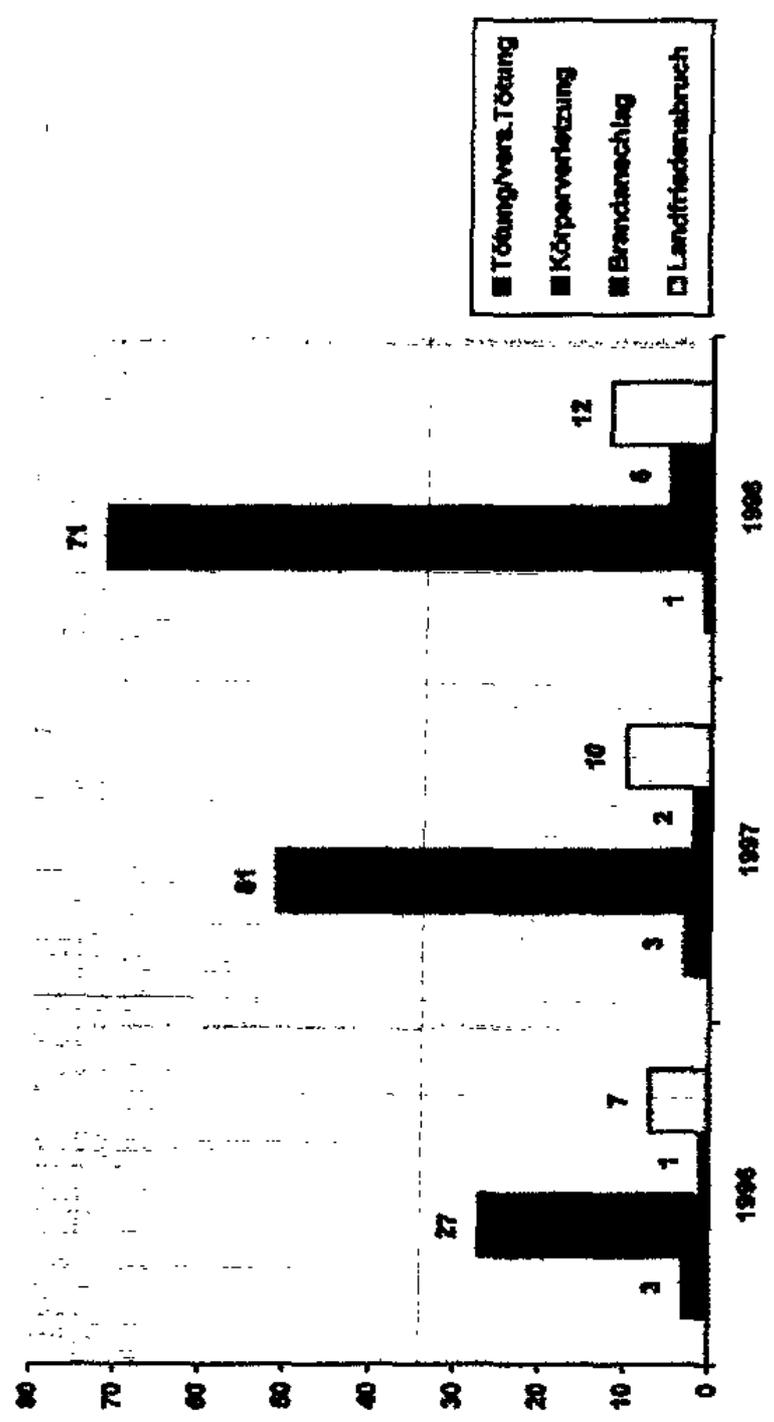
Hinsichtlich ihrer Zielrichtung untergliedern sich die Gewalttaten wie folgt:

Zielrichtung	1996	1997
• fremdenfeindlich	25	43
• antisemitisch	1	1
• gegen politischen Gegner	2	12
• gegen Sonstige	10	10
<b>Summe</b>	<b>38</b>	<b>66</b>

Die Gewalttaten mit erwiesenem oder zu vermutendem rechtsextremistischem Hintergrund gliedern sich nach Deliktart wie folgt:

<sup>5</sup> Die Zahlen ergeben sich aus der Statistik des Landeskriminalamtes Sachsen-Anhalt.  
<sup>6</sup> Die Zählung der Sachbeschädigungen mit erheblicher Gewaltanwendung ist ab 1998 an die Zählweise der anderen Verfassungsschutzbehörden statistisch in den Straftaten enthalten. Die Zahlen der Vorjahre wurden aus diesem Grunde zum statistischen Vergleich angepasst.

**Gewalttaten mit erwiesenem oder zu vermutendem rechtsextremistischem Hintergrund**



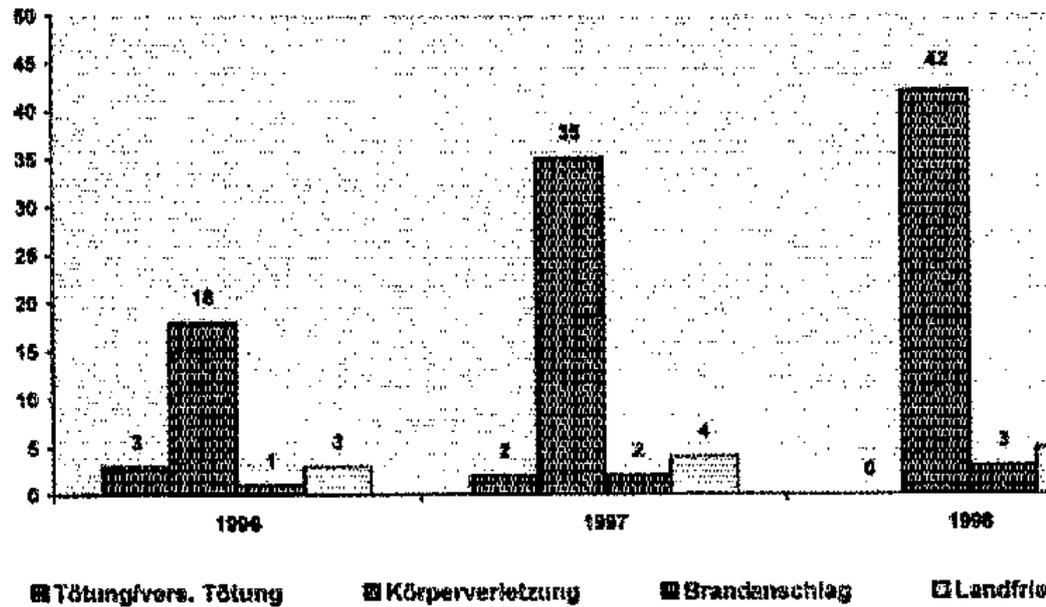
## RECHTSEXTREMISMUS

<b>Gewalttaten</b>	<b>1996</b>	<b>1997</b>
<b>Deliktsarten:</b>		
• versuchte Tötungen	3	3
• Brandanschläge	1	2
• Landfriedensbrüche	7	10
• Körperverletzungen	27	51
<b>Summe</b>	<b>38</b>	<b>66</b>

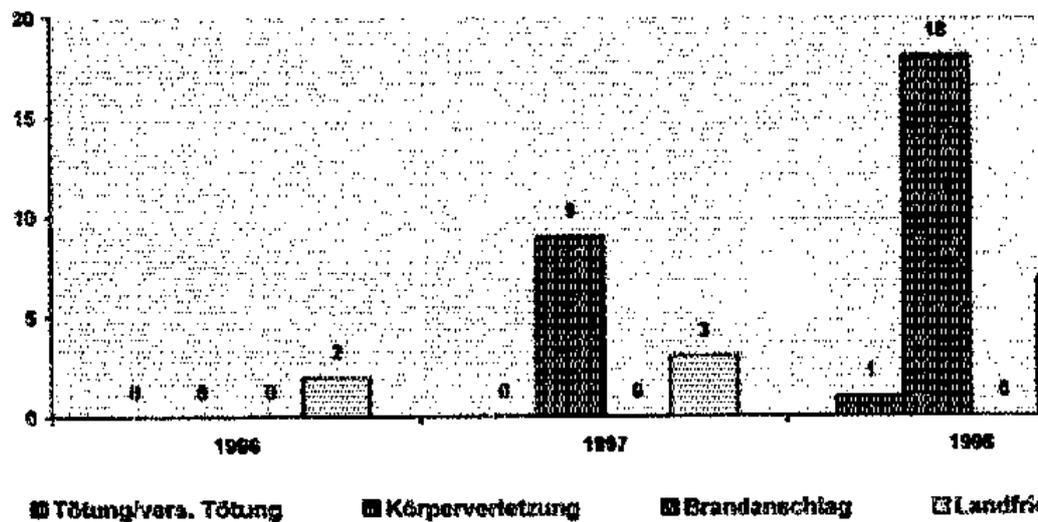
Die Gründe für eine Steigerungsrate von 35 Prozent extremistischen Gewalt dürften zum einen in der allge- zustellenden wachsenden Brutalisierung und Verrohu- Zum anderen sind gängige Vorurteile und ein primitiv- extremismus vielfach Anlass, mitunter aber auch nur- bene Erklärung für Gewalt, die sich zumeist unver- spontan gegen Personen entlädt, die nur aufgrund ihre- rigkeit zu den klassischen „Feindbildern“ (zum Beispiel- oder „Linke“) zu Opfern werden.

Die Welle der Gewalt richtete sich, wie auch in den Vo- erster Linie gegen Fremde und bildet nach wie vor die- richtung rechtsextremistischer Gewalt. Die Anzahl der- feindlich motivierten Gewalttaten befindet sich in Sach- weiter auf hohem Niveau. Von 89 bekanntgewordenen- ten lag bei 50 Delikten eine fremdenfeindliche Moti- gründe, was einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr u- zent entspricht.

## Gewalttaten mit fremdenfeindlicher Motivation



## Gewalttaten "Rechts" gegen "Links"



## NEONAZISTISCHE ORGANISATIONEN UND GRUPPIERUNGEN

### ◆ Gruppierungen im Harzbereich

Nach wie vor bilden die Landkreise Wernigerode und Harzburg einen Schwerpunkt rechtsextremistischer, insbesondere neonazistischer Aktivitäten in Sachsen-Anhalt. Dort haben sich überwiegend junge Rechtsextremisten sogenannten „Kameradschaften“ angeschlossen, die von überregional agierenden Neonazis beeinflusst werden.

#### • „Kameradschaftsverband Wernigerode“

Seit 1997 existiert in Wernigerode eine Gruppe, die aus dem Zusammenschluss ehemaliger Sympathisanten und Anhänger der 1995 verbotenen neonazistischen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) hervorging.

Dem „harten Kern“ des „Kameradschaftsverbandes Wernigerode“ gehören etwa 25 Personen an, unter ihnen etliche, die Kontakte zum niedersächsischen Neonazi Thorsten HEISE haben. Die Anhänger der Gruppe treffen sich regelmäßig an wöchentlichen Schulungsabenden. Darüber hinaus finden weitere Veranstaltungen wie „nationale Liederabende“ und sogenannte Kameradschaftsfeste statt. Der Kameradschaftsverband ist in der Region neben der eigenen Anhängerschaft weitere Rechtsextremisten aus Sachsen-Anhalt und anderen Bundesländern zu mobilisieren, wie sich anlässlich der von ihm organisierten Sommerfesten und Kameradschaftsfesten zeigte. An dieser Veranstaltung nahmen am 1. September im Raum Elbingerode/Rübeland (Landkreis Wernigerode) über 200 Personen teil.

Die Kameradschaftsangehörigen beteiligen sich zudem an überregionalen Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene. Beispiele dafür können eine Kranzniederlegung am 15. September an der Kriegsgräberstätte Einbeck-Salzderhelden s

Wintersonnenwendfeier am 19. Dezember auf dem Gelände des Thorsten HEISE in Northeim (beides Niedersachsen) durchgeführt werden. Des Weiteren reisten Wernigeröder Kameradschaftler am 1. Mai nach Leipzig<sup>7</sup> und am 19. September nach Rostock<sup>8</sup>, um jeweils an Großveranstaltungen teilzunehmen, die von der NPD organisiert worden waren.

### • „Kameradschaft Blankenburg/Quedlinburg“

Seit Anfang 1998 tritt ein Zusammenschluss von Jugendlichen aus den Orten Blankenburg (Landkreis Wernigerode) und Quedlinburg durch rechtsextremistische Aktivitäten unter der Bezeichnung „Kameradschaft Blankenburg/Quedlinburg“ in Erscheinung. Die Gruppe mit rund 100 Personen hält engen Kontakt zum NPD-Vorsitzenden und Landesbeauftragten in Sachsen-Anhalt Steffen HUPKA, der einen Großteil der Aktivitäten der Kameradschaft maßgeblich organisiert. Die Anhänger, von denen einige Mitglieder der NPD und/oder JN sind, treffen sich zu Kameradschaftsabschieden, wobei überwiegend der politisch-ideologischen Unterweisung der Mitglieder über Darüber hinaus beteiligen sie sich an regionalen und nationalen Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene, insbesondere anlässlich öffentlichkeitswirksamer NPD-Veranstaltungen festzustellen.

### • „Harzblick-Szene“

Rechtsextremisten aus dem Ostharz schlossen sich Ende 1995 im Verein „Jugendbund Wernigerode e. V.“ zusammen, dessen im Wernigeröder Jugendclub „Harzblick“ sein Domizil hat. Bis 1996 war ein Großteil dieser Personen als sogenannt

<sup>7</sup> In Leipzig fand unter dem Motto „Wir schaffen Arbeit - Bonn schafft nichts“ eine gemeldete Demonstration statt, an der sich rund 5.000 Rechtsextremisten beteiligten.  
<sup>8</sup> Die NPD führte eine Wahlkampfveranstaltung im Rostocker Stadtteil Dierkow durch, an der 3.000 Personen teilnahmen.

blick-Szene“ an Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund beteiligt. Nunmehr treten die meisten der früheren Vereine nicht mehr in Erscheinung und die Aktivitäten des Verbleibenden beschränken sich darauf, Zusammenkünfte bei Live-Musik und reichlich Alkohol zu organisieren. Zudem gibt es seit 1997 das Fanzine „Der Harz-Sturm“ heraus, das als Publikation des „Jugendbund e. V.“ bezeichnet und als „Zeitung für die Harzregion“<sup>9</sup> verbreitet.

### ◆ „Kameradschaft Wittenberg“

Seit 1991 ist im Raum Wittenberg ein Personenzusammenhang von ehemaligen FAP-Anhängern, Skinheads und Hooligans bekannt, der mit einer Vielzahl rechtsextremistischer Aktivitäten auffiel. Die Gruppe nannte sich zunächst „Kameradschaft Wittenberg“, wechselte dann mehrmals ihre Bezeichnung<sup>10</sup> und nunmehr wieder unter dem ursprünglichen Namen auf.

Die „Kameradschaft Wittenberg“ wurde bis 1997 in erheblichem Maße von dem neonazistischen Verein „Die Nationalen“ durch dessen Vorsitzenden Frank SCHWERDT (Berlin) unterstützt. Mit der Selbstauflösung<sup>11</sup> des Vereins ließ das Engagement SCHWERDTs nach und brach nach dessen Inhaftierung fast völlig weg. Damit ließen auch die politischen Aktivitäten der „Kameradschaft“ deutlich nach. Während sich deren Anhänger in der Vergangenheit an zahlreichen regionalen und überregionalen Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene beteiligten,

<sup>9</sup> Untertitel des „Harz-Sturm“.

<sup>10</sup> Die Gruppierung nannte sich zwischenzeitlich „Kameradschaft Wittenberg im Raum Elbe“, „Die Nationalen e. V.“, „Kameradschaft Ostelbe“, „Kameradschaft Anhalt“ und „Kameradschaft Elbe Ost“.

<sup>11</sup> Im November 1997 gab SCHWERDT die Selbstauflösung des Vereins bekannt.

<sup>12</sup> SCHWERDT verbüßt seit Juni 1998 eine neunmonatige Freiheitsstrafe, zu der er von einem Berliner Gericht wegen des Verbreitens von Propagandamitteln sowie wegen des Verwendens von Symbolen verfassungswidriger Organisationen verurteilt worden war. Inzwischen erging ein weiteres Urteil wegen einer weiteren rechtsverstoßenden Straftat, das noch nicht rechtskräftig ist.

selbst als Organisatoren von Sonnenwendfeiern, HESmärschen und „Heldengedenkfeiern“ auftraten, war im Berichtszeitraum vergleichbare Aktivitäten nicht festzustellen. Die Entwicklung ging einher mit dem Nachlassen des Zuspruchs der Gruppe, der am Ende des Berichtszeitraumes auf 15 Personen (1997: rund 80) angehörten. Rund ein Drittel weiterer Anhänger aus den Orten Coswig und Roßlau (Landkreis Anhalt-Zerbst) sowie Dessau haben sich von den HES-Mitgliedern losgelöst und bilden nunmehr eine eigene Gruppe. Dieser Personenkreis störte am 8. Februar 1997 in Dessau eine angemeldete Demonstration anlässlich des 100. Todesjahres des Frank BÖTTCHER.

### ◆ „Freiheitlicher Volks Block“ (FVB)

Der FVB mit Sitz in Nürnberg wurde 1994 gegründet und hat bundesweit unverändert rund 100 Mitglieder und Sympathisanten. Führende Funktionäre gehörten zuvor - bis zu deren Ausschluss - der neonazistischen „Heimattreuen Vereinigung Deutschlands“ (HVD) an. Ideologisch orientiert sich der FVB am Nationalismus. In ihrem Programm<sup>14</sup> bezeichnet sich die Vereinigung als „Partei des deutschen Aufbruchs“, wengleich sie den Anspruch, eine Partei zu sein, keinesfalls erfüllt. Bis 1996 beschränkten sich die Aktivitäten des FVB im Wesentlichen auf die Länder Baden-Württemberg und Bayern. Mittlerweile verfügt er über Landesverbände in Schleswig-Holstein und seit 1997 in Sachsen-Anhalt. Mit Blick auf seine ausgeprägten Organisationsfähigkeiten unterscheidet sich der FVB von anderen neonazistischen Organisationen, von denen er sich bewusst abgrenzt und dies durch ein martialisches Auftreten in einheitlicher schwarzer Kleidung demonstriert. Die Uniformierung soll zudem ein Gemeinschaftsgefühl der Mitglieder fördern und

<sup>13</sup> Die HVD wurde 1993 durch das Innenministerium des Landes Baden-Württemberg verboten.

<sup>14</sup> Der FVB erstellte 1996 ein Parteiprogramm.

über hinaus symbolischen Wert, wie in der von der Orga herausgegebenen Schrift „FVB-Spiegel“ erläutert wird:

*„Die schwarze Farbe symbolisiert den Protest gegen das herrschende Ungleichgewicht, das auch das Liebesverhältnis des FVB widerspiegelt. Die dunkle Farbe soll die Trauer über die Not in Deutschland veranschaulichen (was aber aufgrund der bestehenden Gesetze und Verbotshandlungen falsch verstanden werden kann). Zusammen verkörpert die Entschlossenheit, mit neuen Ideen und Lösungen, die Wende in unserem Lande zu führen....Die Jugend hat wieder einen Namen -*

Der FVB verbreitet eine Fülle von Propagandamaterial und setzt sich darin überwiegend solchen Themen wie Arbeit, Kriminalität, Ausländer, Steuerbelastung sowie Renten vor. Zahlreichen Flugschriften und Aufklebern ruft die Verbandsleitung dazu auf, „*Stolz, Nordisch zu sein!*“ und fordert: „*Deutsch denken! Deutsch handeln! Deutsch leben! Wie einst so auch heute!*“

Eine wichtige Zielgruppe des FVB ist die Jugend, wie es im „FVB-Spiegel“ bekundet wird:

*„Wir der FVB, verkörpern den jungen nationalpatriotischen Aufbruch in Deutschland... Deswegen fordern wir von allem die Jugend auf, sich uns anzuschließen, denn nur um die Zukunft Deutschlands geht, sondern um Deine eigene!“<sup>17</sup>*

In Sachsen-Anhalt ist der FVB nach wie vor eine der prominentesten neonazistischen Gruppierungen. Dem Landesverband gehören etwa 35 Personen an, die überwiegend aus der

<sup>15</sup> „FVB-Spiegel“ Nr. 4/1998, S. 32.

<sup>16</sup> Ebenda.

<sup>17</sup> Ebenda.

## RECHTSEXTREMISMUS

Halle stammen. Die Mitglieder pflegen Kontakte zu Landesverbänden und beteiligen sich engagiert an den Tätigkeiten. Als Anfang Januar in Nürnberg (Bayern) eine Demonstration unter dem Motto „Vorsicht Linksextremisten in der DDR - Stoppt linke Gewalt“ stattfand, befanden sich unter den ca. 50 Teilnehmern auch Personen aus Halle.

Sowohl bundesweit als auch in Sachsen-Anhalt ist die FVB-Fraktion bemüht, öffentlichkeitswirksam aufzutreten. Dabei ist die FVB bereit, Veranstaltungen anderer Anmeldender, die dem rechtsextremistischen Spektrum zuzuordnen sind, für eigene Zwecke zu missbrauchen. So beteiligten sich ungefähr 20 Anhänger am 3. April in Halle an einer vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) initiierten Demonstration mit dem Titel „Soziale Gerechtigkeit - gegen Arbeitslosigkeit“. Sie trugen am Ende des Zuges und führten zwei FVB-Fahnen mit sich. An einer für den Folgetag in der Hallenser Innenstadt angemeldeten Demonstration beteiligten sich 20 Personen, die zwei FVB-Fahnen mitführten. Auf der Abschlusskundgebung sprach der bekannte Rechtsextremist Konrad ROOCK. ROOCK trat auch als Organisator eines „nationalen Abends“ im Rahmen einer „Burschenschaftsfeier“ in Halle auf, die Ende März in Helbra (Landkreis Mansfelder Land) gehalten wurde. Daran nahmen ungefähr 150 Personen aus Baden-Württemberg, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt teil. Die Veranstaltung machte deutlich, dass die FVB in der Lage ist, weitere Anhänger zu mobilisieren.

Nach den zahlreichen Aktivitäten des FVB in der ersten Berichtszeitraume ist er in der Folgezeit in Sachsen-Anhalt noch mehr in Erscheinung getreten. Offensichtlich ist dies im Zusammenhang mit der Verunsicherung der Mitglieder

der Verhaftung<sup>18</sup> ihres Bundesvorsitzenden Konrad PETRASCHKEK zu sehen, dem vorgeworfen wird, Mitglied einer Einbrecherbande zu sein. Dass ausgerechnet ein Funktionär wie PETRASCHKEK in kriminellen Kreisen bewegt, dürfte der Glaubwürdigkeit der Organisation innerhalb der rechtsextremistischen Szene keinen Schaden zugefügt haben, denn der FVB behauptet „Parteiprogramm“:

*„Kriminalität und politischer Extremismus greife bei den Ausländern immer mehr um sich... Die Organisation aufgrund einer katastrophalen Ausrüstung sowie personellen Mängeln nicht mehr in der Lage, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Organisierte Verbände sind der Polizei auf allen Gebieten weit vorzuziehen. Die Freiheitliche Volks Block ist der Meinung... und daher: Schärferer Strafvollzug in Bundesdeutschen Gefängnissen. Der Strafvollzug muß abschrecken und nicht als Urlaub empfunden werden... Dem Grundsatz, dass der Staat für die Sicherheit seiner Bürger verantwortlich ist, muß wieder nachgekommen werden.“*

(Schreibweise wie im Original)

### ◆ Neonazistische Publikation „Volkstreue Zeiten“

Erstmals 1997 erschien in Sachsen-Anhalt eine neo-nazistische ausgerichtete Publikation mit dem Titel „Volkstreue Zeiten“. Das Heft für den Nationalen Widerstand in Sachsen-Anhalt soll werden alle „nationalen Kräfte“ aufgefordert, am „Kampfbund des Nationalen Widerstandes“ teilzunehmen. Im Berichtszeitraum erschienen weitere Hefte, in denen die Aktivitäten der neonazistischen Szene Sachsen-Anhalts

<sup>18</sup> PETRASCHKEK wurde am 17. September von der Polizei verhaftet. Bei der Durchsuchung beider Wohnungen stellten die Beamten Diebesgut im Gesamtwert von DM 50.000,-



wurde. Auch finden sich dort Aufrufe zu Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene, insbesondere der NPD/JN. Die aus dem Raum Sangerhausen stammenden Helfer fordern die Kameradschaftsführer auf, die Verbreitung „Volkstreuen Zeiten“ zu fördern.

### RECHTSEXTREMISTISCHE PARTEIEN UND ORGANISATIONEN

#### ◆ „Deutsche Volksunion“ (DVU)

Das Ergebnis der Wahl zum Dritten Landtag von Sachsen bei der die DVU 12,9 Prozent der Zweitstimmen erreichte, somit über den Status einer Fraktion im Landtag mit 10 Abgeordneten verfügt, rückte die 1987 in München auf Initiative von Dr. Gerhard FREY gegründete Partei<sup>19</sup> schlagartig in die Öffentlichkeit. Erstmals ist es einer rechtsextremistischen Partei den neuen Bundesländern gelungen, die Fünf-Prozent-Schwelle zu überspringen und in ein Landesparlament einzuziehen. Der 68 Jahre alte Abgeordnete Rudi WIECHMANN stellte sich als Alterspräsident des Landtages, der dessen konstituierende Sitzung eröffnete. Die bis dato in Sachsen-Anhalt kaum bekannte DVU erzielte einen Überraschungserfolg, der wesentlich durch einen von populistischen Parolen geprägten und mit hohem finanziellen Aufwand geführten Wahlkampf erreicht wurde. Schwerpunkte waren dabei die Themen Arbeit, Abwehr der Kriminalität und „Masseneinwanderung von Ausländern und Asylanten“, die mittels einer Flut von Postwurfsendungen sowie persönlichen Wählerbriefen in einem reißerischen Werbefeldzug die Bürger des Landes erreichten. Pauschalgriffe gegen Institutionen und Repräsentanten des Staates und politische Gegner wurden in polemischer, teilweise diffamierender und verunglimpfender Weise mit Parolen wie:<sup>20</sup>

<sup>19</sup> Bis 1991 trat die Partei unter der Bezeichnung „Deutsche Volksunion - Liste D“ auf.

<sup>20</sup> Die Parolen wurden im Rahmen des Wahlkampfes auf Flugblättern verbreitet.



## RECHTSEXTREMISMUS

- „SACHSEN-ANHALT, IMMER MEHR Korrupt, IMMER MEHR Diäten-Fresser, EU-Bonzen“,
- „LASS´ DICH NICHT ZUR SAU MACHEN!“,
- „DVU... DER PROTEST BEI DER WAHL GEGEN NEREIEN VON OBEN“,
- „Korrupte Politiker...gehören hinter Gitter, n. Regierung!“,
- „DIÄTENFRESSER...auf Diät setzen! Minister-geordnetenbezüge normalisieren! Kein Steuer-Parteien!“,
- „EU-BONZEN...nicht mehr mit deutschen mästern! Ohne Gegenleistung läuft nichts!“,
- „Nicht das Volk - Die Polit-Bonzen sollen gehn!“

mit der Absicht geführt, die Demokratie in den Augen der Bevölkerung zu diskreditieren.

Bei der Wahl zum Deutschen Bundestag am 27. September 1998 erreichte die DVU in Sachsen-Anhalt einen Zweitstimmenerfolg von 3,2 Prozent. Es wurde deutlich, dass das in seiner Höhe überraschende Ergebnis der Landtagswahl nicht beliebig wiederholbar ist und sich der überwiegende Teil der Wähler im April 1998 ein Protestverhalten heraus für die Partei entschied und damit eine verfestigte rechtsextremistische Grundeinstellung der DVU-Erfolg ausschlaggebend war.

Die verfassungsfeindlichen Ziele der DVU sind dem Programm nicht zu entnehmen, allerdings manifestieren sich diese von ihrem Bundesvorsitzenden Dr. FREY herausgegebenen Wochenzeitungen „Deutsche National-Zeitung“ (DNZ) und „Deutsche Wochen-Zeitung/Deutscher Anzeiger“ (DWZ) als Presseorgane der Partei angesehen werden können. Die DNZ ist die auflagenstärkste rechtsextremistische Publikation

Bundesrepublik Deutschland gehören. Trotz der Ausnahme auf eine mögliche strafrechtliche Relevanz festhalten, sind die vorsichtigen Formulierungen rechtsextremistischer ist die gegen die freiheitliche demokratische Grundorientierte Ausrichtung der beiden Postillen unverkennbar. Tendenziösen Bewältigung der nationalsozialistischen Vergangenheit werden vor allem traditionellen rechtsextremen Agitationsmustern entsprechende Ressentiments gegenüber und Juden geschürt. In permanenter Wiederholung des Artikel zum Zuzug von Juden aus den GUS-Staaten der vermeintlichen Beherrschung des internationalen Systems und letztlich der ganzen Welt durch Juden<sup>22</sup>, häufig auch auf „weiterführende Literatur“ wie das BIST WER IM JUDENTUM/Lexikon der jüdischen Prominenten Herkunft. Ihr Leben. Ihr Einfluß.“<sup>23</sup> hingewiesen wird, tritt der Antisemitismus auch offen zutage. So äußert sich in den Anzeigen und den redaktionellen Teil der DWZ/DA verschiedene Redakteur und Beisitzer im DVU-Bundesvorstand WETZEL in einem Kommentar über den Leiter des Ressorts Außenpolitik der „Süddeutschen Zeitung“.

*„Josef Joffe ist Leiter des Ressorts Außenpolitik der Süddeutschen Zeitung. In sein Gebiet würde bei der Berichterstattung über israelische Schandtaten in den besetzten palästinensischen Gebieten fallen. Er äußert sich viel lieber zu solchen innerdeutschen Themen für die er sich aufgrund seiner jüdischen Abstammung kompetent erachtet.“<sup>24</sup>*

<sup>21</sup> DNZ Nr. 1-2/1998 vom 02.01.1998, Titelseite: „Wie viele Juden kommen noch aus dem Osten?“ sowie DWZ/DA Nr. 44/98 vom 23.10.1998, Titel: „Ansturm aus dem Osten? - Was jetzt auf uns zukommt“.

<sup>22</sup> DWZ/DA Nr. 53/1998 vom 25.12.1998, S. 8: „Superspekulant als Menschenfreund“ und DWZ/DA Nr. 50/98 vom 04.12.1998, S. 5: „Die Ratschläge von Spielberg - Mit 'Shoah-Stiftung' Deutschen Schuld lehren“.

<sup>23</sup> DWZ/DA Nr. 51/1998 vom 11.12.1998, S. 6: „Macht und Reichtum prägen Broker der jüdischen Sache“.

<sup>24</sup> DWZ/DA Nr. 53/1998 vom 25.12.1998, S. 2.

Die Mitgliederzahl der DVU stieg nach der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt bundesweit auf nunmehr 18.000 an (1997). Damit ist sie die mitgliederstärkste rechtsextremistische Partei der Bundesrepublik Deutschland.

Seit ihrem Einzug in den Landtag von Sachsen-Anhalt bemüht sich die DVU, landesweit funktionsfähige Parteistrukturen aufzubauen. Die von ihrem Fraktionsvorsitzenden im Magdeburger Landtag WOLF angegebene Zahl von 1.500 Mitgliedern in 15 Kreisverbänden organisiert sein sollen<sup>25</sup>, erscheint übertrieben. Nach den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes ist auszugehen, dass die Partei in Sachsen-Anhalt mehr als 30 Mitglieder (1997: 30)<sup>26</sup> hat, die in etwa zehn Kreisverbänden organisiert sind. Treffen der Parteimitglieder (sogenannte „Kreistreffen“) fanden in den Städten Halle, Magdeburg und Stendal sowie im Raum Salzwedel/Stendal statt. Trotz der wachsenden Mitgliederzahl bedarf der Landesverband offensichtlich weiterhin der Führung und Unterstützung durch die Kreisverbände anderer Bundesländer sowie durch den Bundesvorsitzenden. Es ist davon auszugehen, dass alle wichtigen Entscheidungen von der DVU-Zentrale in München und somit vom Parteivorsitzenden persönlich getroffen werden.

Schwerpunkt der Aktivitäten der einzelnen Kreisverbände ist die Vorbereitung und Durchführung des Wahlkampfes zur Landtagswahl. Im Übrigen machte die DVU durch zwei Versammlungen von bundesweiter Bedeutung unter Beteiligung von Bundespolitikern und mehrerer Landtagsabgeordneter auf sich aufmerksam. Am 14. November und 12. Dezember im Raum Nienburg (Burgenlandkreis) stattgefunden haben. Zu beiden Versammlungen reisten jeweils 300 bis 500 Teilnehmer aus naheliegenden Teilen Deutschlands an. Im Mittelpunkt der beiden Zusammenkünfte standen Reden von Dr. FREY, die sich unter anderem

<sup>25</sup> Äußerungen WOLFs anlässlich einer Pressekonferenz am 26. August im Magdeburger Landtag.

<sup>26</sup> Dr. FREY nennt auch für 1997 höhere Zahlen.

dem schlechten Abschneiden der rechtsextremistische bei der Bundestagswahl und den daraus zu ziehenden Konsequenzen beschäftigten. Ein am 17. November zwischen den Bundesvorsitzenden der Partei „Die Republikaner“, Dr. SCHLIERER und Dr. FREY geführtes Gespräch ergab eine Absprache über die Teilnahme an Wahlen zu den Landesparlamenten in Hessen und Bremen im Jahr 1999. Ob es im Zuge dieser getroffenen Absprache zu einer weitergehenden Kooperation zwischen den REP und der DVU kommen wird, erscheint angesichts bestehender persönlicher Differenzen zwischen den Führungspersonen beider Parteien mehr als fraglich. Für die Situation der DVU und der REP im Land Sachsen-Anhalt ist die Vereinbarung ohnehin von untergeordneter Bedeutung, da es nach dem Erfolg der DVU bei der Landtagswahl zu zahlreichen Austritten von REP-Mitgliedern kam, darunter auch führende Funktionäre.<sup>27</sup>

### ◆ „Die Republikaner“ (REP)

Nachdem die Partei „Die Republikaner“ in Sachsen-Anhalt in den vorangegangenen Jahren bereits deutliche Mitgliederverluste hinnehmen musste und auch politisch erfolglos blieb, kam es sich nach einer weiteren Fortsetzung dieser Entwicklung im Jahr 1998 in einem desolaten Zustand.

Seit 1994 hatte der hiesige Landesverband aktiv eine Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremistischen Parteien verfolgt und wusste damit die Mehrheit der Mitglieder für sich zu gewinnen. Wegen dieser Bündnispolitik gab es harte Kontroversen zwischen dem von Dr. SCHLIERER geführten Bundesvorstand, die sich mit der Zeit in ihrer Schärfe zunahm. Die Situation eskalierte, nachdem der Bundesvorstand Ende November 1997 beschloss, anlässlich der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt eine Listenverbindun-

<sup>27</sup> Zur Bundestagswahl kandidierten auf DVU-Landeslisten die ehemaligen Mitglieder der REP Dr. Rudolf KRAUSE (in Sachsen), Elke RIEMANN und Wolf Gerald VOSS (in Sachsen).



Parteien „Demokratische Erneuerung“ (DE) und „Deutsche Union“ (DSU) einzugehen.<sup>28</sup> Der Beschluss überraschte den hiesigen Landesverband insofern, als eine zuvor auch angestrebte Zusammenarbeit mit DE und DSU bei Dr. ... auf strikte Ablehnung gestoßen war. Nunmehr fand in ... auf Betreiben des Bundesvorstandes ein Treffen von ... der drei Parteien in Zerbst (Landkreis Anhalt-Zerbst) ... weiterer Regie des Bundesvorstandes wurde daraufhin ... deswahlvorschlag der Listenvereinigung unter der ... „Arbeit für Sachsen-Anhalt (DSU-Die Republikaner-D... den Willen der Mehrheit der sachsen-anhaltischen ... Landeswahlleiter eingereicht. Das Entstehen der gen... Liste bezeichnete Dr. SCHLIERER als *„...ein wichtiges ... beweist, daß demokratische Kräfte rechts von der Mit... voller und konstruktiver Zusammenarbeit bereit und ... Für Sachsen-Anhalt bedeutete das die Chance zu ein... politischen Wende.“*<sup>29</sup>

Der Landesausschuss verweigerte schließlich der ... einigung die Wahlteilnahme, weil er die Legitimation ... zeichnenden Landesvorstandes anzweifelte und die A... somit als rechtlich unwirksam bewertete. Dagegen ... bereits im Oktober 1997 vom hiesigen Landesvorsta... reichte Wahlvorschlag zugelassen. Als der von Wolfga... geführte Landesvorstand der ultimativen Forderung de... vorstandes nach Rücknahme des Wahlvorschlages zug... Listenverbindung nicht nachkam, reagierte die Partei... sofortigen Amtsenthebungen und setzte den bisherig... zenden des Kreisverbandes Magdeburg als komm... Landesvorsitzenden ein. Dies war eine Fehlbesetzung... alsbald zeigte, denn der Magdeburger wurde als mu... Kaufhauserpresser bei einer fingierten Geldübergab

<sup>28</sup> Sowohl DE als auch DSU sind keine rechtsextremistischen Parteien und werden nicht von der zuständigen Verfassungsschutzbehörde beobachtet.

<sup>29</sup> „Der neue Republikaner“ Heft 3/1998.

Polizei festgenommen.<sup>30</sup> Außerdem hob das Landesschiedsgericht die Ordnungsmaßnahmen der Parteiführung auf und ließ die Landesvorstandsmitglieder wieder in ihre Funktionen einsteigen.

Die Landtagswahl, bei der die Republikaner lediglich 0,2% der Zweitstimmen erhielten, wurde ein erneuter Misserfolg für die Partei. Daraufhin erfolgten zwischen dem Bundesverband und dem hiesigen Landesverband gegenseitige Schuldzuweisungen. HÖBER und Dr. Rudolf KRAUSE warfen der Zentralleitung Gelder in Höhe von mehr als DM 100.000,- zurückgeholt und damit den Wahlkampf in Sachsen-Anhalt boykottiert zu haben. Tatsächlich organisierten die REP mit Ausnahme einer Veranstaltung Mitte April in Bad Kösen (Burgenlandkreis) keine nennenswerten Wahlkampfaktivitäten und waren insbesondere nicht zu flächendeckenden Plakatierungen sowie Postersetzungen in der Lage. In der REP-Publikation „Mitteldeutscher Republikaner“<sup>32</sup> äußert sich ein ehemaliges Landesvorstandsmitglied zum Ausgang der Landtagswahl:

*„Während die erfolgreiche DVU langsam und methodisch in  
aber stetigen Schritten eine konstruktive Sachverhalte im  
Landesparlament beginnt, setzt REP-Parteichef S. ... nun  
zum Rachefeldzug gegen den aus seiner Sicht unzuverläs-  
sigen und unehorsamen Landesverband an ... Die Parteiarbeiter  
in den letzten Monaten und vorallem im Wahlkampf bestanden  
wesentlichen aus aufreibenden Auseinandersetzungen  
statt aus wirkungsvoller Arbeit. Dementsprechend fiel  
die Landtagswahl nicht anders ausfallen, als es am  
26.04.1998 präsentierte. dann auch das Ergebnis im  
Land. ... Auf sich allein gestellt sind die Republikaner*

<sup>30</sup> Der Täter ist inzwischen rechtskräftig verurteilt und verbüßt eine mehrjährige Haftstrafe.  
<sup>31</sup> Beschluss des REP-Landesschiedsgerichts Sachsen-Anhalt vom 5. März 1998.  
<sup>32</sup> Heft 3/1998.

## RECHTSEXTREMISMUS

*Zukunft bedeutungslos - auch wenn SCHLIERER  
das Gegenteil behauptet.“*  
(Schreibweise wie im Original)

Im Ergebnis des Wahldesasters und aufgrund der Unklarheit mit dem Abgrenzungskurs Dr. SCHLIERERs verließ zeitweilig ein Großteil der Mitglieder den Landesverband und schied sich der DVU an. Zwei ehemalige Landesvorstandsmitglieder kandidierten anlässlich der Bundestagswahl auf der Liste der DVU in Sachsen-Anhalt, während der ehemalige Vorsitzende, spätere Schriftführer des hiesigen Landesverbandes Dr. HÖBER als Spitzenkandidat der DVU in Sachsen antrat.

Bei der Bundestagswahl waren „Die Republikaner“ ergebnislos und erhielten bundesweit nur 1,8 Prozent der Zweitstimmen aller Wähler. Gleichwohl distanzierten sie damit die rechtsextremistischen Parteien. In Sachsen-Anhalt erreichte die REP mit 0,6 Prozent der Zweitstimmen eines ihrer schlechtesten Ergebnisse hinnehmen.

Im Gegensatz zu den rechtsextremistischen Parteien „Die demokratische Partei Deutschlands“ (NPD) und DVU haben die REP die Zahl ihrer Mitglieder im Laufe des Berichtsjahrs verringert und liegt nunmehr bei rund 15.000 (1997: 20.000). Davon sind dem Landesverband in Sachsen-Anhalt derzeit weniger als 100 (1997: 200) Mitglieder zuzurechnen, unter denen einige ehemalige Mitglieder der inzwischen aufgelösten Landesverbände damit recht überschaubar geworden sind. Der Landesverband wurde dem Landesparteitag am 28. Juni in Zerbst von Dr. LEHMANN geführt. Die Wahl eines neuen Landesvorstandes wurde vom Bundesvorstand der Partei organisiert worden, nachdem die Mitglieder des alten, von HÖBER geleiteten Landesverbandes

ihrer Ämter enthoben und gegen sie Parteiausschlussverfahren eingeleitet hatte.

Das schlechte Abschneiden der Partei bei den Wahlen im April 1998 brachte deren Bundesvorsitzenden Dr. SCHLIERER unter Druck, sich nicht länger einer Bündelung der rechten Kräfte zu verschließen.

Die innerparteilichen Differenzen um die Verantwortung für die Wahlniederlage und um den Kurs der Partei traten vor der Parteibasis bis in den Bundesvorstand zutage. Als einer der radikalsten Kritiker republikanischer Abgrenzungspolitik emporstieg, wurde der geschäftsführende stellvertretende Bundesvorsitzende Christian KÄS (Baden-Württemberg). Er machte Dr. SCHLIERER persönlich für den Niedergang der REP verantwortlich und forderte ein „*Ende der Leisetreterei*“ sowie „*mehr Flexibilität im Umgang mit politischen Konkurrenten*“.<sup>34</sup> Auf dem „Republikanischen Parteitag“ vom 3. Oktober in Stuttgart (Baden-Württemberg) hatte er sich gegen den Abgrenzungskurs des Parteivorsitzenden ausgesprochen und erklärt, der „Spaltungsparteitag“ von Ruhstorf<sup>35</sup> sei ein Scheitern gewesen. Offenbar hat die gewachsene Kritik aus den Reihen Dr. SCHLIERER zu einem Treffen mit dem DVU-Bundesvorsitzenden veranlasst, das am 17. November stattfand und bei dem die Gesprächspartner auf Wahlabsprachen verständigte

*„...Es bestand Einigkeit darüber, daß die Kräfteverhältnisse in Bund und Ländern eine große Gefahr und Bedrohung für den Bestand der deutschen Nation darstellen. Um nationalen Interessen in der deutschen Politik einen größeren Einfluß zu verhelfen, verständigte*

<sup>33</sup> HÖBER, Dr. KRAUSE sowie weitere ehemalige Landesvorstandsmitglieder wurden bei der Bundestagung der Partei ausgeschlossen.

<sup>34</sup> Presseerklärung des KÄS vom 29. April.

<sup>35</sup> Auf dem Bundesparteitag am 8. Juli 1990 in Ruhstorf (Bayern) wurde beschlossen, sich mit rechtsextremistischen und verfassungsfeindlichen Organisationen wie NPD, DVU, Wikingern und anderen zusammenzuarbeiten sowie deren ehemalige Mitglieder bei der Vergabe von Parteimitgliedschaften auszuschließen.

*beide Parteivorsitzenden darauf, sich bei künftigen Wahlen darum zu bemühen, eine unnötige Konkurrenz zwischen Republikanern und DVU zu vermeiden.“*

Die vom Bundesvorsitzenden gewählte Taktik einer formellen Beibehaltung des Abgrenzungsbeschlusses bei gleichzeitiger Absprache mit der DVU soll sowohl Bündnisbefürworter als auch -gegner in der Partei bedienen. Ganz offensichtlich ist Dr. SCHLIERER damit seinen innerparteilichen Widersachern entgegengekommen, um sie für seine Wiederwahl zu gewinnen. Die Mehrzahl der Mitglieder unterstützt diesen Kurs, wie sich auf dem Bundesparteitag am 21. und 22. November in Feldkirchen (Bayern) zeigte, bei dem Dr. SCHLIERER mit einem einstimmigen Votum in seinem Amt bestätigt wurde.<sup>37</sup>

### ◆ „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ und „Junge Nationaldemokraten“ (JN)

Die NPD konnte im Jahr 1998 ihre Mitgliederzahl bundesweit von 6.000 (1997: 4.300) erhöhen, wobei die größten Zuwächse in den neuen Bundesländern zu verzeichnen waren. Auch der Landesverband in Sachsen-Anhalt hat die Anzahl seiner Mitglieder steigern können. Mit rund 100 Personen (1997: zirka 40) ist der schwach ausgeprägten Organisationsstrukturen liegt jedoch der sachsen-anhaltische Landesverband deutlich unter den anderen Ländern.

Die Bundespartei wird seit 1996 von Udo VOIGT (B) geführt. Unter seiner Regie verzeichnete die NPD eine kontinuierliche Aufwärtsentwicklung, weil ihr neben der Gewinnung neuer Mitglieder auch die Konsolidierung der Parteifinanzen gelungen ist. Die besondere wirtschaftliche und soziale Situation der

<sup>36</sup> Pressemitteilung der „Republikaner“.

<sup>37</sup> Dr. SCHLIERER erhielt rund 81 Prozent der abgegebenen Stimmen. Der einzige Mitbewerber hatte seine Kandidatur kurz vor der Wahl zurückgezogen.

in Ostdeutschland begünstigte das dortige Erstarben der Partei diese Thematik geschickt aufgriff und instrumentierte. Zudem konnte die NPD hauptsächlich deshalb neu rekrutieren, weil sie sich gegenüber Neonazis und rechtsextremistischen Gruppen öffnete und mit öffentlichkeitswirksamen regionalen und überregionalen Veranstaltungen das Bild einer aktionsfähigen Organisation vermittelte, welches gerade auf junge Rechtsextremisten attraktiv wirkt.

Die Partei hielt am 10. und 11. Januar in Stavenhagen (Vorpommern) ihren Bundesparteitag ab. VOLLMEYER wurde mit großer Mehrheit im Amt bestätigt. Das Wahlergebnis bestätigte zugleich die innerparteiliche Akzeptanz der von VOLLMEYER verfolgten Doppelstrategie, mit der er einerseits den traditionellen Kurs der NPD als Wahlpartei fortführt, andererseits Bündnisse mit anderen Rechtsextremisten, darunter auch Neonazis, eingeht. Gleichfalls bemerkenswert ist die Wahl von Neonazis als Beisitzer in den Bundesvorstand.

Unter dem Motto „Organisierter Wille bedeutet Macht“ veranstaltete die NPD/JN am 7. Februar einen Bundeswahlkongress in der Passauer Nibelungenhalle (Bayern) mit etwa 4.000 überwiegend aus dem neonazistischen sowie dem rechtsextremistischen Spektrum stammenden Teilnehmern. In seiner Rede betonte der NPD-Vorsitzende den Führungsanspruch seiner Partei innerhalb der rechtsextremistischen Parteienlandschaft. Er begrüßte den Zulauf von Neonazis und ehemaligen Mitgliedern rechtsextremistischer Gruppierungen mit den Worten:

*„Wir wollen heute nicht fragen, was einer gestern war, sondern nur, was er heute ist. Ich werde meine erste Handlung als Parteivorsitzender sei es gewesen, sei es nicht, die Kasse öffnen und alle Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu kassieren.“*  
Anhand dieser Äußerungen wird die neue Richtung der Partei als eine bündnisorientierte Politik und zu einer als „

Sammelbecken“ dienenden Partei deutlich. Ein Beleg für die Mobilisierungen von rechtsextremistischen Skinheads und Neonazis für die zentrale Parteiveranstaltung anlässlich der Mai-Kundgebung in Leipzig (Sachsen). An dieser Veranstaltung nahmen ungefähr 5.000 Rechtsextremisten teil. In Anhalt warb der NPD-Landesvorsitzende Steffen HUPK die rechtsextremistischen Kameradschaften für diese Veranstaltung. Rund 500 Personen, überwiegend aus der Altmark, Magdeburg, folgten dem Aufruf. Die Kundgebung wurde durch Protesten der zahlreichen Gegendemonstranten begleitet. Durch den Einsatz von über 6.000 Polizisten gelang es jedoch, eine direkte Konfrontation zwischen den Anhängern der rechtsextremistischen Szene zu verhindern.

Mitte September führte die NPD eine Wahlkampfveranstaltung in Rostock (Mecklenburg-Vorpommern) durch, zu der sie mehr als 1.000 Personen mobilisieren konnte. Erstmals wurde einem Neonazi ein Rederecht auf einer Großveranstaltung eingeräumt. Die neue „Qualität“ parteipolitischer und ideologischer Ausrichtung zeigt sich auch darin, dass die NPD eine sozialistische Komponente thematisiert, die sie mit dem rechtsextremistischen Ideologieelement der „Volksgemeinschaft“ zu einem „volksbezogenen Sozialismus“ verknüpft. Aus dem grundsätzlichen programmatischen Bekenntnis werden folgende Zielstellungen abgeleitet wie:

- Beseitigung des „*arbeitslosen Einkommens*“<sup>38</sup> Grundrente und Kapitalzins,
- Schutz der Arbeiter gegen Ausbeutung und so:
- Schaffung staatlicher Rahmenrichtlinien zur Lenkung der Wirtschaft im nationalen Sinne,
- Schließung der Börsen und Einziehung aller Spekulationsgewinne.

<sup>38</sup> „Deutsche Stimme“, Nr. 7/1998, S. 6.

Mit dieser Strategie hoffte die Partei anlässlich der V  
Jahr 1998 gerade in den neuen Bundesländern Zustir  
gewinnen und hier insbesondere in das Wählerpotentic  
einzudringen. An der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt  
NPD jedoch nicht teil, da sie aufgrund fehlender Un  
stimmen nicht zur Wahl zugelassen wurde. Zwar trat  
danach zur Bundestagswahl an, jedoch dürfte für sie da  
lende Ergebnis eher zweitrangig gewesen sein, weil sich  
ihrem Eigenverständnis nach zunächst auf Aktivitäten i  
parlamentarischen Bereich konzentrieren will.

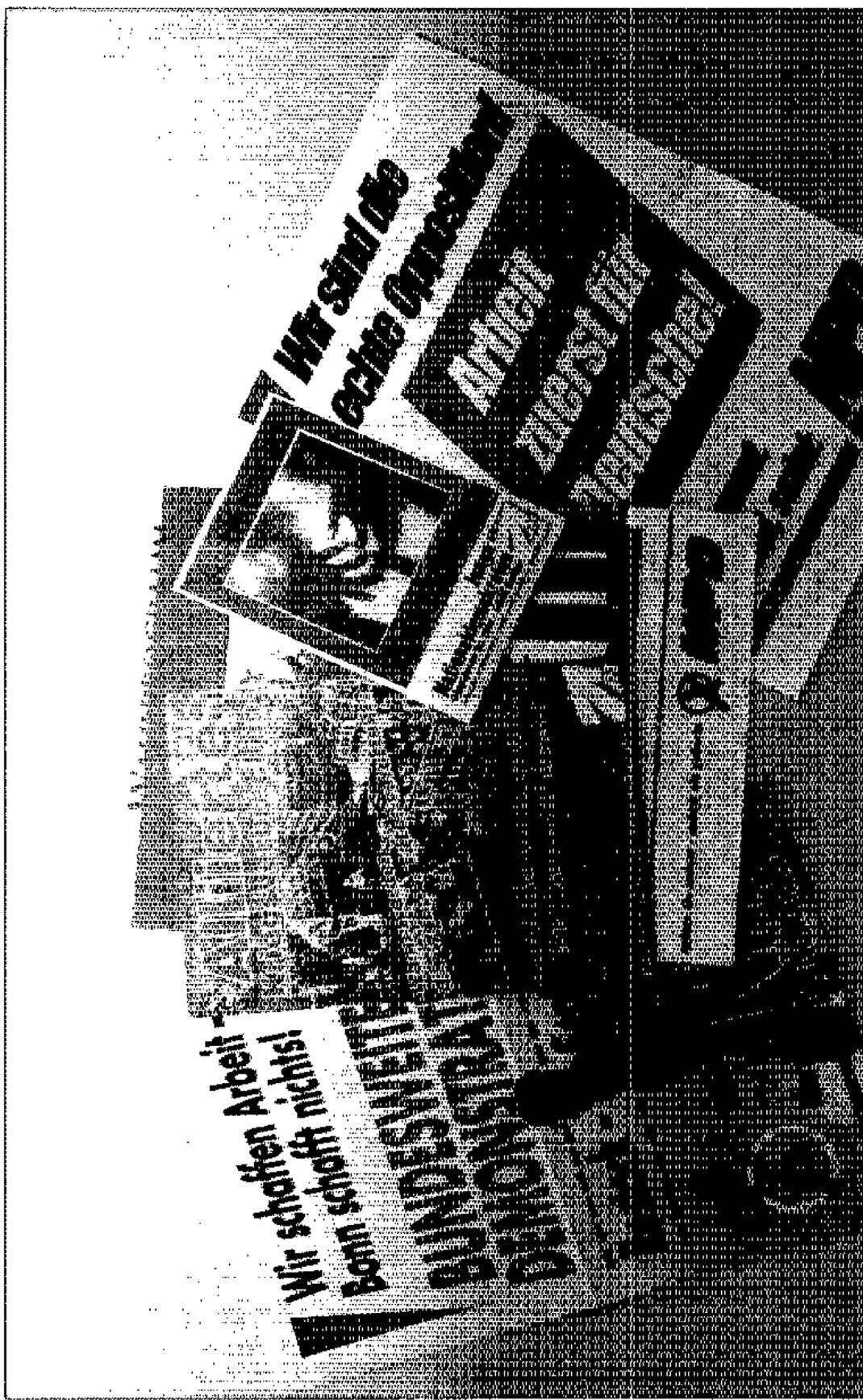
*„Es geht der Partei nicht um kurzfristige Wa  
sondern um langfristige, kontinuierliche Aufbau  
ner ernstzunehmenden politischen Kraft. Erst  
den 'Kampf um die Straße' entgültig für uns er  
haben, kann der 'Kampf um die Parlamente  
Aussicht geführt werden, keine schnell verschw  
Proteststimmen zu kanalisieren, sondern eine d  
nationale Kraft zu etablieren.“<sup>39</sup>*

(Schreibweise wie im Original)

Somit hatte die NPD-Beteiligung an der Bundestagsw  
wiegend demonstrativen Charakter, das heißt, die Par  
die von ihr beanspruchte Führungsrolle im rechtsextr  
Parteienspektrum unter Beweis stellen und öffentlichke  
me Präsenz zeigen. Trotz intensiven Wahlkampfes err  
ein aus ihrer Sicht enttäuschendes Ergebnis. Mit 0,3 Pr  
Zweitstimmen war die Partei sowohl bundesweit als  
Sachsen-Anhalt (5.330 Zweitstimmen) gleichermaßen  
Ihr bestes Ergebnis erreichte sie mit 1,2 Prozent Zweitsti  
teil in Sachsen, wo die NPD ihren mitgliederstärksten L  
band hat.

<sup>39</sup> Ebenda.

Im Rahmen des Bundestagswahlkampfes kam es in Anhalt zu zwei NPD-Veranstaltungen. Zunächst meldete die Partei unter dem Motto „*Erst der Euro - dann die Pleite*“ eine Demonstration mit anschließender Kundgebung an, die am 23. Juli in Tangerhütte (Landkreis Stendal) stattfinden sollte. Ein vom Regierungspräsidium erlassenes Verbot wurde vom OLG Magdeburg wegen befürchteter Ausschreitungen bestätigt. Obwohl sich das Verbot auch auf alle Ersatzveranstaltungen im Regierungsbezirk erstreckte, versammelten sich am 23. Juli rund 120 Rechtsextremisten in Magdeburg (Neu-Olvenstedt), um an einem Aufmarsch teilzunehmen. Nachdem die Demonstranten wenige Meter marschiert waren, stellte die Polizei die Gruppe und nahm die Teilnehmer in Gewahrsam. Wegen Verstoßes gegen das Demonstrationsverbot in Gegenwart des Hamburger Neonazi Christian WORCH, der offiziell als Versammlungsleiter fungierte, wurde ein Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz eingeleitet. Bei dem Marsch konnten Fahnen der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) und Spruchbänder mit den Parolen „*Arbeit zuerst für Deutsche*“ und „*Die Pleite*“ festgestellt werden. Im Vorfeld hatte die Polizei bei Kornitz eine Axt und zwei Bolzenschneider sichergestellt. Nur ein Tag später meldete die NPD unter dem Motto „*Erst der Euro - dann die Pleite*“ in Tangerhütte erneut eine Demonstration, die wiederum von den zuständigen Behörden in Sachsen-Anhalt verboten wurde. Die Partei erstritt jedoch in einer Eilentscheidung vor dem Bundesverfassungsgericht die Aufhebung des Verbots. Daraufhin fanden sich rund 60 überwiegend jugendliche Rechtsextremisten am 25. Juli am Demonstrationsort ein. Die Veranstaltung verlief störungsfrei.



Die im Jahr 1969 als Nachwuchsorganisation der NPD ten JN sind mit etwa 400 (1997: 350) Mitgliedern und 40<sup>40</sup> der derzeit größte und aktivste Zusammenschluss von Rechtsextremisten in der Bundesrepublik Deutschland. Sie begreifen sich als Nahtstelle zwischen dem neonazistischen und dem übrigen rechtsextremistischen Spektrum und sind bemüht, diese unterschiedlichen Strömungen zu integrieren. Die „Jungen Nationaldemokraten“ zeigten sich auch 1998 mobilisierungsfähig und konnten ihr Mobilisierungspotential insbesondere gegenüber der rechtsextremistischen Skinheadszene deutlich vergrößern.

In Sachsen-Anhalt verfügen die JN bisher über keine Ortsstrukturen, sondern lediglich über wenige Mitglieder und Ortsanwärter. Gleichwohl organisierte Steffen HUPKA als „Auftraggeber“ der JN die politische Arbeit und warb um Mitglieder. Insbesondere versucht er, zum Teil auch mit Erfolg, rechtsextremistische Kameradschaften in Sachsen-Anhalt unter der Führung von NPD und JN zusammenzuführen. So unterstützte er eine Demonstration der „Kameradschaft Klötze“, die am 1. März 1998 unter dem Motto „Keine Macht den Drogen“ in Klötze (Landkreis Salzwedel) stattfand. An der Veranstaltung nahmen 280 Personen der rechtsextremistischen Szene teil, darunter Mitglieder weiterer Kameradschaften. Auffällig war das jugendliche Alter<sup>41</sup> der Demonstranten. Im Aufzug wurden JN-Fahnen und zwei schwarze Fahnen der „Freien Kameradschaften“ mehrere Transparente mit Aufschriften wie „Deutschland - wir wehren uns“ und „Klötzer Jugend gegen Drogen“ mitgeführt. Teilnehmer skandierten „Hier marschieren wir gegen den nationalen Widerstand“. Zeitgleich mit der Kundgebung demonstrierten Angehörige der Antifaschistischen Szene unter dem Motto „Schluß mit Naziaktivitäten in K

<sup>40</sup> Da es sich bei der JN um eine sogenannte Kaderorganisation handelt, durchläuft der Kandidat den Weg vom Mitgliedsanwärter zum Mitglied/Aktivist und danach weiter über den Kandidaten zum Kader.

<sup>41</sup> Viele der Jugendlichen waren dem äußeren Anschein nach jünger als 16 Jahre.

## ORGANISATIONSÜBERGREIFENDE AKTIVITÄTEN

### ◆ Die Rudolf-HESS-Kampagne 1998<sup>42</sup>

Der HITLER-Stellvertreter Rudolf HESS starb am 17. August durch Selbstmord im alliierten Kriegsverbrechergefängnis in Spandau. Seither wird er von der neonazistischen Szene als Märtyrer hochstilisiert und zum Idol verklärt. Die Rechtsextremen bezeichnen HESS auf Flugblättern und Aufklebern unter anderem als „Märtyrer für den Frieden“. Sein Todestag wird jährlich zur sogenannten Rudolf-HESS-Kampagne genutzt. Nach dem Scheitern des zentralen HESS-Marsches im Juni 1998 ließen die führenden Neonazis nunmehr wenig Bereitschaft erkennen, sich erneut an einem solchen Unterfangen zu beteiligen. Folglich setzte sich das „Aktionskomitee Rudolf Heß“ aus verschiedenen Kreisen zusammen, die keine oder nur geringe Erfahrung mit der konspirativen Vorbereitung einer derartigen Demonstration hatten. Ein Mitte Juni von diesem Kreis herausgegebenes Flugblatt proklamierte eine „Rudolf-Heß-Aktionswoche 1998“ vom 10. bis 16. August sowie einen „Rudolf-Heß-Gedächtnismarsch“ am 15. August.

Aufgrund der mangelhaften Vorbereitung des zentralen HESS-Marsches rechneten die Sicherheitsbehörden mit einem Scheitern der Aktionen. An ihnen nahmen bundesweit deutlich weniger Personen als im Vorjahr teil. Da auch das Medieninteresse, die erhoffte öffentliche Resonanz ausblieben, muss dies als Misserfolg und Sanktion der Neonaziszene als gescheitert betrachtet werden.

In Sachsen-Anhalt fanden drei spontane HESS-Aufzüge statt.

---

<sup>42</sup> Die als Folge der im Jahresbericht 1997 auf Seite 61 dargestellten vorläufigen Festnahmen von Personen des linksextremistischen Spektrums eingeleiteten Ermittlungsverfahren sind schenkezeitlich eingestellt.

## RECHTSEXTREMISMUS

In den späten Abendstunden des 14. August marschierten 60 Rechtsextremisten durch Zielitz (Ohrekreis). Anwohner alarmierten die Polizei, die jedoch bei ihrem Eintreffen keine Demonstrationsteilnehmer mehr feststellen konnte. Gleichwohl nahmen die Beamten mehrere Handzettel mit HESS-Bezug wahr. In den Mittagsstunden des 15. August versuchten eine Gruppe von neun Personen in Sangerhausen eine HESS-Gedenkveranstaltung abzuhalten. Die Teilnehmer zeigten unter anderem ein Plakat mit der Aufschrift „Rudolf Heß - Das war Mord!“ sowie eine schwarz-weiß-rote Fahne mit der Aufschrift „Ostara Sangerhausen“. Mehrfach wurde die Parole „Rudolf Heß - Märtyrer“ gerufen. Die sofort eingreifende Polizei nahm die Demonstration in Gewahrsam.

Zu einem weiteren Aufzug, an dem sich ungefähr 50 Demonstranten aus Sachsen-Anhalt und Niedersachsen beteiligten, kam es in Diesdorf (Altmarkkreis Salzwedel). Dabei wurde ein Trauerkranz mit der Aufschrift „Mord - 11. Todestag Rudolf Heß!“ festgemacht. Eine von Rechtsextremisten aus der Umgebung von Diesdorf (Altmarkkreis Salzwedel) angemeldete Kranzniederlegung wurde von der zuständigen Verwaltungsbehörde untersagt. Ungehört legten daraufhin in der Nacht vom 14. zum 15. August Demonstranten einen Kranz am Kriegerdenkmal nieder.

Landesweit wurde eine Vielzahl von HESS-Plakatierungen, rechtsextremistischen Schmierereien sowie das Verteilen von Propagandamaterial festgestellt, so unter anderem in Mansfeld (Altmarkkreis Salzwedel), Schönebeck, Barby (Landkreis Schönebeck), Laucha (Burgenlandkreis) und Hettstedt (Mansfelder Land). Die Plakate, Handzettel und Aufkleber trugen die Aufschriften „Mord!“, „Auf zum Gedenktag 15.08.1998!“, „Rudolf Heß - Märtyrer des Friedens!“ oder „Heß - das war Mord!“. Vor einer Schule in Hettstedt wurde ein Hakenkreuz mit dem Schriftzug „Rache für Heß“ auf

# Zeitschrift

Nr. 3 / Juli 1998 / DM 5,-

Wir wollen frei sein, wie die Dä



## Rudolf Heß - der Beweis!

Deutlich zu sehen: Sein Hals ist gezeichnet von angeschwollenen Druckstellen, die länglich den Halsbereich umfassen und auf ein gewaltsames Äußeres Einwirken hindeuten.

# Das war Mord

bahn geschmiert. In den Morgenstunden des 17. Augusten sich an einer Autobahnbrücke im Ohrekreis zwei Tische mit den Aufschriften „Mord Rudolf Heß“ und „11. Rudolf Heß“.

### ◆ **Aktionen anlässlich des Volkstrauertages**

Wie auch in den Jahren zuvor schickten sich Rechtsextremisten bundesweit an, den Volkstrauertag für sogenannte „Gedenkfeiern“ in ihrem Sinne zu missbrauchen. Da eine Veranstaltung auf dem Soldatenfriedhof in Halbe (Brandenburg) seit 1992 verboten wird, gingen die Rechtsextremisten an dezentrale Veranstaltungen durchzuführen. Auch im Brandenburg fanden mehrere solcher „Gedenkfeiern“ in Sachsen-Anhalt zu denen sich insbesondere die hier ansässigen Kameradschaften berufen fühlten.

Bereits am 14. November legten Mitglieder der „Kameradschaft Sangerhausen“ auf dem Zentralfriedhof in Sangerhausen einen Kranz nieder, während Tags darauf die „Kameradschaft Quedlinburg/Quedlinburg“ eine Gedenkveranstaltung auf dem Zentralfriedhof abhielt.

Die NPD organisierte am 15. November eine Kranzniederlegung an einem Kriegsgräberdenkmal auf dem Ehrenhain der Kameradschaft in Gommern (Landkreis Jerichower Land). Es nahmen 150 Personen daran teil, die überwiegend aus der Alt-Länder reisten. Die Veranstaltung wurde von den Rechtsextremisten zeitig beendet, als die Polizei vor Ort erschien.

Darüber hinaus beteiligten sich Personen aus Sachsen-Anhalt auch an „Heldengedenkfeiern“ außerhalb des Landes.

## NUTZUNG NEUER MEDIEN DURCH RECHTSEXTR

In immer stärkerem Maße werden die Möglichkeiten, die moderne Informationstechnik bietet, auch von Rechtsextremisten genutzt. Über Funktelefone werden konspirativ Veranstaltungen geplant und Teilnehmer an den Veranstaltungsort „geholt“. Die Hilfe von Funkscannern wird der Polizei überwachungsbehörden flexibel reagieren zu können und Maßnahmen der Sicherung nicht ins Leere laufen zu lassen. Faxgeräte dienen dazu, Briefe oder ganze Texte für die Ansagen der über das gesamte Bundesgebiet verstreuten „Nationalen Infotelefone“ zu versenden. Den NIT kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, denn über sie kann jedes Szenemitglied zu jeder Zeit eine Veranstaltungshinweise und andere Informationen abrufen. Ein weiteres wichtiges Medium sind die zu Computernetzwerken zusammengeschlossenen Mailboxen, die der Informationsaustausch dienen.

Durch die Nutzung des Internet wird zwar ein hoher Wirkungserfolg erreicht, allerdings bilden die Mailboxen keine öffentlichen Diskussionsforen für die politisch-ideologische Auseinandersetzung, die Außenstehenden oftmals durch die Verwendung von Verschlüsselungssoftware verborgen bleibt. Daher ist der Nachweis von strafrechtlich relevanten Nachrichten nur schwer führbar.

Das Internet stellt das wohl wichtigste Kommunikationsinstrument für Extremisten in allen Bereichen dar. Mittlerweile reicht das im Internet vertretene Spektrum von rechtsextremistischen Parteien über neonazistische und skinheadgruppierungen, Vertriebsfirmen szenetypischer Literatur bis hin zu rechtsextremistischen Zeitungen und Zeitschriften. Deutsche Rechtsextremisten stellen in das Internet reichhaltiges ideologisches Gedankengut wie zum Beispiel Textauszüge aus Publikationen, Beiträge zu aktuellen Themen, Selbstdarstellungen, Demonstrationsaufrufe, Literaturhinweise und Bestellmöglichkeiten.

ten für ihre Bücher ein und machen diese über ausländische Provider<sup>43</sup> derzeit etwa 70 Millionen Netzteilnehmern in Deutschland zugänglich.

Rechtsextremisten sind damit in der Lage, ihre Verlage weltweit anzubieten, ohne mit Konsequenzen rechnen zu müssen, denn durch die Vernetzung ist eine Verfolgung rechtlich relevanten Internet-Inhalten nach den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Gesetzen nur dann möglich, wenn die entsprechende Internet-Seite (Homepage) auf einem deutschen Server<sup>44</sup> liegt.

In Sachsen-Anhalt sind sowohl die DVU als auch „Die Freiheitler“ mit eigenen Seiten im Internet vertreten.

<sup>43</sup> Provider = Netzanbieter.

<sup>44</sup> Server = Zugangsrechner eines Providers.

## III. LINKSEXTREMISMUS

Die in der Bundesrepublik Deutschland bedeutsameren extremistischen Organisationen und Gruppierungen orientieren sich entsprechend ihrer jeweiligen ideologischen Ausrichtung an der marxistisch-leninistischen Weltanschauung oder an anderen politischen Theorien, die eine klassen- oder herrschaftslosere Gesellschaftsordnung propagieren.

Die linksextremistischen Bestrebungen und Tätigkeiten lassen sich einteilen in

- gewaltbereite Autonome/anarchistische Bestrebungen
- marxistisch-leninistische Parteien und Vereinigungen
- linksextremistischen Terrorismus.

### AUTONOME

#### ◆ **Geschichtliche Entwicklung und ideologisch-politischer Standort**

Nach dem Abklingen der Studentenproteste der 60er-Jahre splitterte die studentische Bewegung in zahlreiche Zugschlüsse. Insbesondere entstanden zwei grundsätzlichen linksextremistische Strömungen. Einerseits gründeten sich dogmatische, das heißt an den Leitlinien des Sowjetkommunismus und seinen Spielarten ausgerichtete marxistisch-leninistische Gruppen; andererseits bildeten sich Personenzusammenhänge, zu deren Selbstverständnis die Ablehnung eben dieser Strukturen zählte. An die Stelle von Dogmatismus und Kaderstrukturen traten Vorstellungen von Basisdemokratie und spontaner direkter Aktion.



## LINKSEXTREMISMUS

Die zahlreichen Gruppen dieser schwer überschaubaren, dogmatischen Bewegung charakterisierten sich von Anfang an durch zwei Gemeinsamkeiten: Sie wollten die bestehende politische und Gesellschaftsordnung beseitigen und lehnten den Marxismus als dogmatisch und bürokratisch verstandenen Marxismus-Leninismus ab. Sie traten ein für Spontaneität, Autonomie und Selbstorganisation der „Unterdrückten“ und wollten vor allem in der Basis (Wohngebiete, Betriebe, Universitäten) arbeiten, um den Ansatz revolutionären Widerstands zu nutzen.

Autonome Gruppierungen sind nicht einheitlich ideologisch geprägt, sondern vertreten Ideen, die an anarchistische oder kommunistische Vorstellungen angelehnt sind. Autonome Gruppen sind unabhängig von Hierarchien und Autoritäten „nach eigenen Regeln“ - also autonom - leben und tun dies häufig in von ihnen als „Freiräume“ bezeichneten Wohngemeinschaften mit unterschiedlichen Zielen.

Die meisten Autonomen einigt ein ideologischer Minimalismus, der in einer unklaren „antifaschistischen“ und „antikapitalistischen“ Grundhaltung besteht, die sich gegen die bestehende politische und gesellschaftliche Ordnung richtet mit dem perspektivischen Ziel, eine unterdrückungsfreie Gesellschaft zu erkämpfen. Weitgehend einig sind sich Autonome in ihrem Hass auf Staat und Gesellschaft und in der Bereitschaft zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele Gewalt einzusetzen. Die bekanntesten autonomen Gruppierungen, die die „Antifa (M)“ aus Göttingen, hält das Wort „gewaltfrei“ als ideologischen Begriff, der im absoluten Gegensatz zu autoritärer Politik stehe, man habe sich daher immer zu militanteren Mitteln bekannt.

Umstritten ist unter Autonomen allerdings die Frage nach der „Legitimität“ von Gewalt gegen Personen. Hierbei ist auch umstritten, ob schwere und schwerste Verletzungen von Zielpersonen moralisch vertretbar sind.

## LINKSEXTREMISMUS

So wenig verbindlich die verschwommenen ideologischen *lungen* der Autonomen sind, so wenig sind die von *ituation* und kurzer Verweildauer geprägten Strukturen angelegt. Wegen der Organisationsfeindlichkeit der A ist daher auch die hauptsächlich von der Gruppe „Antifa (M)“ aus Göttingen getragene „Antifaschistische Bundesweite Organisation“ (AA/BO), in der sich meh *nome* Einzelgruppen in einer festen Struktur, einer A *verband“* zusammengeschlossen haben, umstritten. Mehrzahl der bundesdeutschen Autonomen wird dies *zungskonzept* gerade wegen seiner Verbindlichkeit abg

Trotz der geringen organisatorischen Strukturen finde *den* autonomen Gruppierungen einerseits und mit and *extremistischen* Personen und Gruppen andererseits e *ver* Informationsaustausch statt. Diesem Informations *dienen* Szenepublikationen, Mailboxverbundsysteme un *ternet* sowie mehr als 80 „Infoläden“ im gesamten Bun *In* den zum Teil konspirativ hergestellten und verbreitet *publikationen* werden regelmäßig Taterklärungen, Di *papiere*, Aufrufe zu Demonstrationen, „Bastelanleitu *Spengsätze* und andere für die aktuelle linksextremist *kussion* und praxisrelevante Beiträge veröffentlicht. *nannten* „Infotelefonen“ können jederzeit aktuelle N *abgehört* werden, zu spontanen Aktionen kann durch T *ten*, die nach dem „Schneeballprinzip“ funktionieren, *werden*.

Das Potential der gewaltbereiten Autonomen beziffert *desweit* seit Jahren mehr oder weniger konstant auf 6.0 *nen*. Autonome stellen somit den größten Teil des gew *linksextremistischen* Spektrums.

Autonome leben von aktuellen und vermittelbaren A *men*, die zum Teil von bundespolitischer Bedeutung sir

# Geschissen auf Deutschland!



National?  
Scheissegal!

Jugendantifa  
zwilte dassau



autonome  
antifa dassau

Letzte  
Warnung  
Fascho-  
wichser!



## ANTIFA HEISST ANGRIFF!

autonome antifa dassau

Auch über die mit den Wahlen in Zusammenhang stehenden Aktivitäten hinaus waren 1998 gezielte Übergriffe auf Rechtsextremisten oder deren Eigentum zu verzeichnen. So setzte die Autonomenzene, vermutlich der Autonomenzene zuzurechnend, am Abend der Nacht des 12. April in Quedlinburg einen Kleintank des Rechtsextremisten Steffen HUPKA und einen weiteren Brand. Am 27. April ging zu dem Brandanschlag ein Schreiben bei der „Mitteldeutschen Zeitung“ ein:

*„Den Nazis kein ruhiges Hinterland.  
In der Nacht vom 11.04.98 zum 12.04.98 hat  
Quedlinburg dem Neonazi Steffen HUPKA einen  
Groß hinterlassen. Wir haben einen seiner Firmen  
mit einem kleinen zeitverzögerten Brandsatz  
Mit dieser Aktion wollen wir einerseits das  
Standbein Steffen HUPKAs angreifen, er betriebe  
Firma für den Einbau von Fenster und Türen, an  
soll ihm das Gefühl eines ruhigen Hinterlandes,  
heraus er agieren kann, genommen werden.  
Mit feurigen Grüßen  
Autonome AntifaschistInnen.“<sup>48</sup>*

### ◆ Aktivitäten von Linksextremisten in der Anti-Atom-Bewegung

Neben Gruppen und Personen aus dem bürgerlichen Milieu, die mit ihrem Protest den Ausstieg aus der Kernenergie und der aus ihrer Sicht bestehenden Unverantwortlichkeit der Atomlogie durchsetzen wollen, beteiligen sich auch Linksextremisten am Widerstand gegen kerntechnische Anlagen und insbesondere gegen die Castor-Transporte. Ihr weitergehendes Ziel ist es, das „Atomprogramm“ des Staates zu bekämpfen.

<sup>48</sup> Der Text wurde auch in der autonomen Szenepublikation „INTERIM“ Nr. 450 veröffentlicht.

## LINKSEXTREMISMUS

„Atomstaat zu demontieren“, um auf diese Weise eine zur Veränderung der bestehenden Verhältnisse zu leisten. So wurde im März auf der Strecke Berlin - Dessau ein solcher Eingriff in den Bahnverkehr mittels Hakenkralle vollzogen. Am Ereignisort wurden Flugblätter mit einer Bauanleitung für Hakenkralen und ein Text mit Bezug zu den Castor-Trains aufgefunden.

*„Für einen lebendigen und militanten Widerstand  
Kampf der Atomindustrie auf allen Ebenen. Den  
stoppen - die Bahn sabotieren  
Widerstand braucht Phantasie - alle Tage Sabotage  
Autonome Gruppen - gegen den Castor“*

Linksextremisten beteiligten sich im September auch an Aktionen des Endlagers für radioaktive Abfälle in Mochovitz (ERAM) und publizierten dazu in Szenezeitschriften.

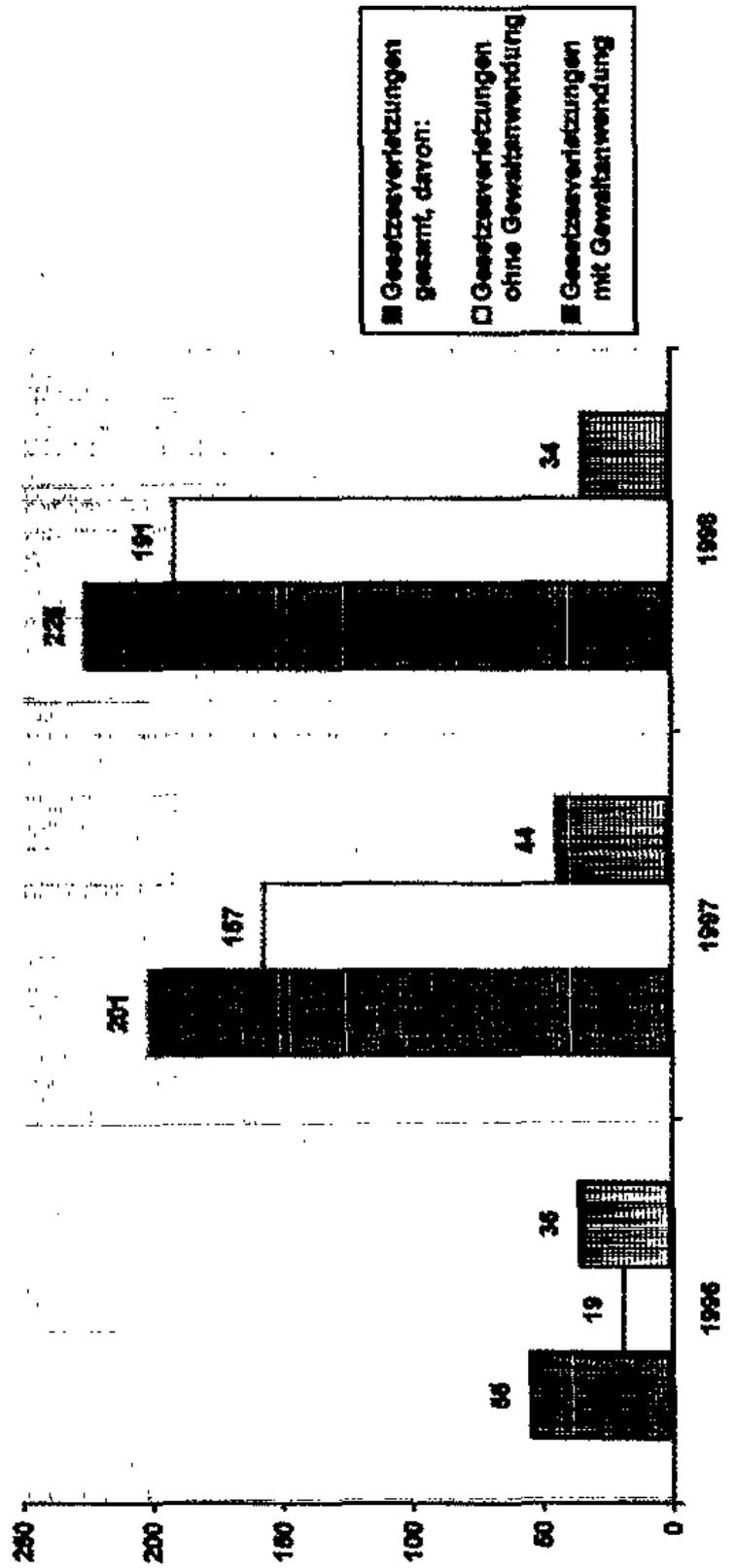
### ◆ Linksextremistischer Widerstand gegen die „EXPO 2000“

Innerhalb der linksextremistischen Szene verstärken sich die Bemühungen, den Widerstand gegen die Weltausstellung „EXPO 2000“ in Hannover zu gestalten. So fand in Niedersachsen im Dezember ein bundesweites „Anti-Expo-Treffen“ statt. In der Ausstellung „anzugreifen“ bedeute, das „Schaufenster des nationalen und großdeutschen Kapitals zu steinigen“. Die linksextremistische Argumentation bedeuten Weltausstellungen schon immer „Selbstinszenierung kapitalistischer Macht“. In Magdeburg existiert eine Kontaktadresse für eine „AG“ in der Uhlandstraße. Der Aufsichtsrat der „EXPO 2000“ in der Region Bitterfeld - Dessau - Wittenberg zur einzigen Ansprech-Region der Weltausstellung „EXPO 2000“.

Inwieweit und in welcher Form eine Beteiligung von Gruppen



## Gesetzesverletzungen mit erwiesenem oder zu vermutendem linksextremistischem Hintergrund



**Gewalttaten mit erwiesenem oder zu vermutendem  
linksextremistischem Hintergrund**



## LINKSEXTREMISMUS

Gewalttaten	1996	1997
<b>Deliktsarten:</b>		
• versuchte Tötung	1	0
• Brandanschläge	1	0
• Landfriedensbrüche	10	14
• Körperverletzungen	7	30
<b>Summe</b>	<b>19</b>	<b>44</b>

### LINKSEXTREMISTISCHER TERRORISMUS

In Sachsen-Anhalt gibt es gegenwärtig keine Anhaltspunkte für linksterroristische Bestrebungen.

#### ◆ Rote-Armee-Fraktion (RAF)

Am 20. April ging bei der Nachrichtenagentur Reuters in London ein achtseitiges Schreiben der RAF ein. Die Illegalen der Terrororganisation erklärten das „Projekt RAF“ als beendet, wörtlich:

*„Die Stadtguerilla in Form der RAF ist nun Geschichte.  
Ab jetzt sind wir - wie alle anderen aus dieser  
Bewegung - ehemalige Militante der RAF.“*

Mit dem als authentisch anzusehenden Schreiben setzen die RAF ihre Ankündigung aus den bisherigen Verlautbarungen im Jahr 1996 in die Tat um. Die Auflösung der RAF wird damit bestätigt, dass es ihr aufgrund taktischer und strategischer Fehler

gelingen sei, eine revolutionäre Umwälzung der G herbeizuführen.

Es kann davon ausgegangen werden, dass sich die O tatsächlich aufgelöst hat und als terroristische Vereinig mehr existiert.

### ◆ **Antimperialistische Zelle (AIZ)**

Am 14. November 1997 wurde die Hauptverhandlung zwei mutmaßliche Mitglieder der AIZ eröffnet und im B raum fortgesetzt. Ein Angeklagter legte während der lung ein Teilgeständnis ab, in dem er seine Beteiligung Sprengstoffanschlägen der AIZ einräumte.

Am 26. Oktober hat der Generalbundesanwalt gegen re Personen aus dem früheren persönlichen Umfeld d Angeklagten ein Ermittlungsverfahren wegen des Ver Mitgliedschaft in der AIZ eingeleitet.

In der linksextremistischen Szene hat der Prozess gegen den Angeklagten bisher kaum Interesse gefunden.

### ◆ **„Rote Hilfe e. V.“ (RH)**

Die Rechts- und Hafthilfeorganisation „Rote Hilfe e. V. in den 80er-Jahren nach den ersten Verurteilungen v sten der RAF. Sie rekrutierte sich zunächst aus dem terr Umfeld und unterstützt heute große Teile des linksextre Spektrums. In einer Selbstdarstellung beschreibt sich eine *„parteiunabhängige, strömungsübergreifende lin und Solidaritätsorganisation“*. Sie bietet politische und Hilfe an, unter anderem gemeinsame Prozessvorber den Angeklagten und Bekanntmachung des politischen grunds in der Öffentlichkeit, Organisation von Solidari

## LINKSEXTREMISMUS

staltungen, Spendensammlungen, Bereitstellung von Z... aus Beitragsgeldern, Erstattung der Anwalts- und Geri... etc. Da die RH der extremen Linken juristische und gr... zielle Mittel zur Verfügung stellt, spielt sie innerhalb... wegung eine sehr wichtige Rolle.

Die RH organisiert ihre Arbeit auf Bundes- und Landes... hat eigenen Angaben zufolge bundesweit 3.000 Mitg... in mehr als 30 Orts- und mehreren Regionalgruppen... sind.

In Sachsen-Anhalt besteht seit 1996 eine Ortsgrupp... Halle/Saale und seit 1998 eine OG in Magdeburg. Die... tion der Mitglieder und die Öffentlichkeitsarbeit auf Bur... werden im Wesentlichen durch die vierteljährlich vor... vorstand herausgegebene Publikation „Die Rote Hilfe“... leistet.

## LINKSEXTREMISTISCHE PARTEIEN UND ORGANISATIONEN

### ◆ Traditionell revolutionär-marxistische Parteien und Organisationen

Die in der Bundesrepublik Deutschland politisch tätige... linksextremistisch beurteilten Parteien und Organisationen... sich im Wesentlichen von einer kommunistisch ausge... Ideologie leiten. Diese auf den Grundlagen des M... Leninismus basierende Weltanschauung verfolgt die... dung des kapitalistischen Systems zum einen durch... Analyse der gegebenen Verhältnisse und zum anderen... Vorgabe einer revolutionären Umgestaltung, um let... klassenlose Gesellschaftsordnung zu installieren.

---

## LINKSEXTREMISMUS

Zu den als traditionell revolutionär-marxistisch bezeichneten Organisationen, die sich auch in Sachsen-Anhalt bemühen, tätig zu werden, sind die „Deutsche Kommunistische Partei Deutschlands“ (DKP), die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschland“ (MLPD), verschiedene Formen der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD) und auch die „Kommunistische Plattform“ (KPF) zu zählen.

Nach dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ in der DDR begannen sich die kommunistisch ausgerichteten Gruppen und Personen neu zu orientieren. So wurde in Berlin die KPD (Ost) gegründet, die in Sachsen-Anhalt Mitglieder gewinnen konnte, aber nach wie vor einen geringen Organisationsgrad aufweist. Außerdem bot die „Partei demokratischen Sozialismus“ (PDS) für Kommunisten die Möglichkeit, eine eigenständig arbeitende Struktur, die KPF,

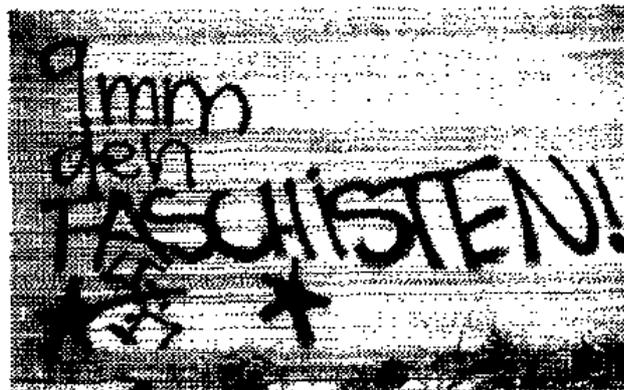


## LINKSEXTREMISMUS

Beispiel die seinerzeitige Änderung des Asylrechts, die Durchführung der „Castor“-Transporte oder von internationalen Konferenzen. Themen, die zum ständigen Aktionsprogramm der Autonomen gehören, sind der Kampf gegen den Faschismus, gegen Rassismus, gegen die angebliche Großmachtrolle der Bundesrepublik Deutschland, gegen den Sozialabbau und die Abschiebung von Ausländern. Daneben gibt es Aktionen von eher regionaler Bedeutung wie zum Beispiel der Widerstand gegen die Umstrukturierung in Berlin oder gegen die Weltausstellung Expo 2000 in Hannover. Zur Taktik der Autonomen gehört es, sich friedlichen Protestaktionen anzuschließen und sich, wenn notwendig, diesen friedlichen Protest in militante Aktionen umzuwandeln oder im Schutz der friedlich protestierenden Blockaden aktiv gegen die Ordnungskräfte vorzugehen.

### ◆ Aktivitäten der Autonomenszene in Sachsen-Anhalt

Die Aktivitäten der Autonomenszene, der in Sachsen-Anhalt gegenwärtig 350 Personen zuzurechnen sind, konzentrierten sich im Berichtszeitraum eindeutig auf den Themenbereich „Antifaschismus“.



Sprühschrift in Magdeburg

Insbesondere das Plakat zur rechtsextremistischen Landtagswahl in Sachsen-Anhalt und zur Bundestagswahl wurde als Antifaschismus aufgegriffen. Darüber hinaus sind Übergriffe von rechtsextremisten und ver-

## LINKSEXTREMISMUS

Rechtsextremisten auf Angehörige der Autonomenszene mit ihrer sympathisierende Punkszene immer wieder demonstrative Aktionen oder eigene Gewalttaten. Eine dererem Maße sensibilisierende Wirkung ist in diesem Zusammenhang der Tötung des Frank BÖTTCHER<sup>45</sup> im Jahr 1997 zu schreiben.

Nachdem am 3. Januar mehrere Rechtsextremisten gegen eine Magdeburger Wohnung eingedrungen waren, in der ein Bruder des Frank BÖTTCHER vermuteten, und dort angetroffene Person lebensgefährlich verletzt, die folgenden Folgetagen in Magdeburg zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextremisten sowie Mordanschlägen.

Unter anderem versammelten sich am 8. Januar etwa 100 Angehörige aus der linksextremistischen Szene und der Punkszene in einer Kundgebung unter dem Motto „Selbstbestimmt Leben – Gegen Naziterror und konservative Hetze“ auf dem Albertplatz. Während eines anschließenden Zuges durch die Innenstadt wurden zwei Fernsehteams angegriffen und deren Kameras zerstört. Darüber hinaus versuchten etwa 20 Personen, die Wohnung des Frank Böttcher als Haupttäter des Überfalls vom 3. Januar bekannt, zu stürmen, was durch die Polizei verhindert wurde. Im Anschluss kam es zu Sachbeschädigungen und Übergriffen, bei denen ein Polizeibeamter leicht verletzt wurde. Während eines Aufklärungsfluges im Bereich Magdeburg-Olvenstedt am 9. Januar wurde ein Polizeihubschrauber von einer Gruppe von etwa 10 Personen des als Autonomenzentrum geltenden Hauses Ullrichstraße 8 mit Signalmunition und Feuerwerksraketen beschossen. Die Hubschrauberbesatzung stellte Depots mit Steinen und

<sup>45</sup> Der der Punkszene zuzurechnende 17-jährige Jugendliche BÖTTCHER wurde in den Morgenstunden des 8. Januar 1997 mit schweren Kopfverletzungen und mehreren Rücken an einer Straßenbahnhaltestelle in Magdeburg-Olvenstedt aufgefunden. Zeit später im Krankenhaus. Nach vor Bekanntwerden des Täters stand innerhalb der Autonomenszene fest, dass die Tat einem Rechtsextremisten zuzurechnen sei.

*und hier Nazis anzugreifen. Es wäre wünschenswert, wenn ihr Geschrei nach Militanz praktische Früchte für den Alltag in Magdeburg hätte...*"

Veranstaltet wurde die Demonstration im Rahmen so genannter „Antifaschistischer Wochen“ von der Gruppe „Viento Sur“. Das von dieser regelmäßig veranstaltete „Offene Antifaschistische Plenum“ (OAP) ist neben dem Autonomenzentrum an der Uhlandstraße 8, von dem allerdings nur noch spontane Aktivitäten ausgehen, derzeit einziger fester Ankerpunkt für Angehörige der linksextremistischen Szene.

Bei den OAP-Treffen, deren Teilnehmer nur teilweise der Antifaschistenszene zuzurechnen sind, werden meist aktuelle Ereignisse mit in der Regel „antifaschistischer“ Ausrichtung besprochen. Darüber hinaus ist in Magdeburg eine fast inflatorische Zahl von Neugründungen und Auflösungen von Strukturen der Szene unter zwanzigjährigen Linksextremisten zu verzeichnen. <sup>47</sup> doch in der Regel nur wenige Male mit Aktionen in Erscheinung treten.

Im Hinblick auf das Themenfeld „Antifaschismus“ bot die Demonstration samtgesellschaftliche Protest gegen die DVU und andere rechtsextremistische Parteien einen Anlass, der für die Autonomen auch unter dem Aspekt der „Vermittelbarkeit“ auf eine breite Bandbreite an „geduldeten“ Aktionsformen schließen lässt. Hierbei wurden neben Sachbeschädigungen an Werbetafeln auch gezielte Körperverletzungen als probate Mittel zur Wahlhelfer erachtet. In diesem Zusammenhang ereigneten sich in Sachsen-Anhalt mehrere Vorkommnisse.

In der von der Dessauer Autonomenszene verbreiteten Zeitschrift „Der Alzheimer“ vom August 1998 findet das Vor-

<sup>47</sup> Im Jahr 1998 sind hier die Gründungen der Gruppen „Freie Antifaschistische Jugend“ (FAJ) und „Antifaschistische Initiative Magdeburg“ (AIM) bekanntgeworden. Letztere soll aus der nicht mehr existenten Gruppe „Junge AntifaschistInnen Magdeburg“ (JAM) hervorgegangen sein.

auf den Dächern der Uhlandstraße fest. Die Täter gel Magdeburger Autonomenszene an.

Am Wochenende des 17./18. Januar überfielen 19 Pers Autonomenszene im Magdeburger Stadtteil „Neue I zwei Skinheads und verletzten diese.

Schließlich organisierte das linksextremistische Spektr Jahrestag der Tötung des Frank BÖTTCHER am 8. Fe Magdeburg eine „Antifaschistische Demonstration“, zu Autonome aus anderen Bundesländern anreisten.

Von der mit 1.000 Teilnehmern zunächst friedlich ver Veranstaltung spalteten sich nach deren offiziellem Er 500 militante Autonome mit dem Ziel ab, den al „Hochburg“ betrachteten Stadtteil Neu-Olvenstedt aufz Beim Aufeinandertreffen mit Polizeikräften kam es zu A tungen, in deren Verlauf Polizeibeamte mit Steinen l sowie Fahrzeuge umgekippt und in Brand gesetzt wur Polizei nahm etwa 150 Autonome vorläufig fest.

Die Initiatoren der Demonstration, die zuvor einen fr Veranstaltungsverlauf angemahnt hatten, äußerten sich der Szenepublikation „INTERIM“<sup>46</sup> :

*„Wir haben uns von den Leuten, die Richtung O wollten, weder vor Ort noch in den Medien di sind aber dennoch enttäuscht, daß sich ein Teil monstrantInnen nicht an das Konzept der Demo halten wollte. Diese Kritik richtet sich vor allen autonomen AntifaschistInnen, die an dieser Akti ligt waren...*

*Wir hatten uns nicht deshalb für eine nichtmilit monstration entschieden, weil wir gegen antifasc Militanz sind. Menschen und Gruppen, die milit tionen in Olvenstedt bzw. Magdeburg fordern, frei, an jedem anderen Tag nach Magdeburg zu*

<sup>46</sup> Nr. 445 vom 05.03.1998.

LINKSEXTREMISMUS

er 98/99

ALZHEIMER

Revolution & Football & Rock 'n'

100 tolle Ideen mit Hähnchenschenke

Themen:

Nazi-Aktivitäten in Sachsen-Anhalt

Das Schwarzbuch des Kommunismus

NPD-Demo in Rostock

Ska-Fest im Stahlbau

05 in Halle, Anhalt bei 05

und und und

sau 05 Fans für Dial

## LINKSEXTREMISMUS

Autonomenszene gegen DVU-Wahlkampfaktivitäten b  
Darstellung:

*„Am 11.04. konnten in Kalbe drei DVUler beim  
von Plakaten erwischt werden. Einer von ihr  
danach schwer verletzt ins Krankenhaus eingeleitet  
den.“*

*„Die aufwendige Werbekampagne der DVU  
tagswahl zeigte trotz eifriger Sabbotage von  
Sachsen-Anhalt ihre Wirkung.“*

(Schreibweise wie im Original)

Als Reaktion auf den Erfolg der DVU bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt randalierten am Wahlabend etwa 500 verummte Jugendliche in der Hallenser Innenstadt Ausschreitungen wurden vier Polizeibeamte verletzt, zwei Feuerwagen demoliert sowie Bauzäune und Müllkörbe auf den Bahnschienen geworfen.

Die linksextremistische Rechts- und Hafthilfeorganisation „Hilfe“ bezeichnete die Ausschreitungen im Nachhinein als „tandemonstration von Antifaschisten“, kritisierte das Verhalten der Polizei und forderte die Einstellung der eingeleiteten Strafverfahren.

Darüber hinaus ist immer wieder auch die Lenkung öffentlicher Interessen gegen einzelne Rechtsextremisten oder gegen Rechtsextremisten eine von Autonomen praktizierte Vorgehensweise. In einem Interview mit der Zeitung „Junge Welt“ vom 29. April äußerte eine mutmaßlich der Dessauer Autonomenzene angehörende Person, dass in Zukunft versucht werden soll, DVU-Wahlhelfer in ihrem Wohngebiet *„zu outen, damit von deren unmittelbarer Lebenswirklichkeit Druck ausgeht.“*

## LINKSEXTREMISMUS

Das ideologische und politische Selbstverständnis dieser Gruppierung zeigt sich unter anderem in einer im Januar 1990 erschienenen „Mitteilung der Kommunistischen Plattform der PDS“ in den neuen Bundesländern. In dieser Selbstdarstellung, in der es heißt:

*„Die Kommunistische Plattform der PDS ist ein freiwilliger Zusammenschluß von Kommunistinnen und Kommunisten in der PDS, die auf der Grundlage des Parteiprogramm und Statut der Partei aktiv an der Arbeit der Partei- und Parteistrukturen wirken. Die Bewahrung und Entwicklung marxistischen Gedankenguts ist weiterhin ein Anliegen der Kommunistischen Plattform. Die Plattform tritt sowohl für kurz- und mittelfristig angestrebte Veränderungen im Interesse der Nicht- und wenig Beschäftigten innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft als auch für den Sozialismus als Ziel gesellschaftlicher Veränderung ein...!“*

In Sachsen-Anhalt werden der KPF etwa 50 Personen zugeordnet.

Die bereits in den alten Bundesländern tätigen linksradikalen Parteien haben in den vergangenen Jahren darauf abgezielt, auch in den fünf neuen Bundesländern Mitglieder und Organisationsstrukturen aufzubauen. In Sachsen-Anhalt spielten diese Gruppierungen im Berichtszeitraum eine eher marginale Rolle. Nennenswerte Aktivitäten gingen von ihnen nicht aus.

## IV. SICHERHEITSGEFÄHRDENDE UND EXTREMISTISCHE BESTREBUNGEN VON AUSLÄNDERN

### ◆ Ideologischer Hintergrund

Aufgrund unterschiedlicher wirtschaftlicher Entwicklung ist es weltweit zu einer zunehmenden Polarisierung zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern. Die entstandene Spannung ist Ursache für ein anwachsendes regionales und internationales Konfliktpotential in vielen Ländern der Erde. Der zeitweilige oder dauerhafte Aufenthalt von Bürgern wirtschaftlich gering entwickelten Ländern in den hochentwickelten Industriestaaten können die Probleme des jeweiligen Landes auf das Gastgeberland projiziert werden. Dadurch entstehen auch in der Bundesrepublik Deutschland Situationen, die zu einer Gefährdung deutscher Sicherheitsinteressen führen können. Um diesen Aktivitäten entgegenzutreten, kommt den Behörden für Verfassungsschutz unter anderem die Aufgabe zu, sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern zu beobachten.

Die ideologische Zielrichtung der betreffenden ausländischen Organisationen und Gruppierungen, die von den Verfassungsschutzbehörden beobachtet werden, wird in drei Kategorien geteilt:

- linksextremistische Zielrichtung
- extrem nationalistische Zielrichtung
- islamistische Zielrichtung.

In den letzten Jahren haben die islamistischen Gruppierungen türkischer und arabischer Herkunft in der Bundesrepublik Deutschland an Bedeutung gewonnen. Ihr Ziel ist es, in

jeweiligen Heimatländern herrschenden, meist westlichen Regierungssysteme durch islamistische Staatsgefügen. Die Islamisten<sup>51</sup> lassen neben der für sie als vorwiegenden Weltanschauung des Islam keine anderen Aufgaben gelten und streben letztlich die Weltherrschaft an. Dies ist in unüberwindlichem Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung sowie den darin verankerten Grundrechten und Menschenrechten. Hinsichtlich der Durchsetzung ihrer Ziele unterscheiden sich die islamistischen Gruppierungen sehr unterschiedlich, die von gewaltfreien Aktionen bis zu Mord und Terror reichen.

Linksextremistisch orientierte ausländische Gruppierungen verfolgen im Allgemeinen das Ziel, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung in ihren Heimatländern zu beseitigen und durch sozialistische oder kommunistische Gesellschaftsordnungen zu ersetzen. Bei einigen dieser Gruppierungen treten zudem ethnisch motivierte Unabhängigkeitsforderungen in den Vordergrund.

Die extrem-nationalistischen Ausländergruppierungen, die die Bildung eines Nationalstaates in den jeweiligen Herkunftsländern anstreben, traten in den letzten Jahren kaum öffentlich in Erscheinung.

---

<sup>51</sup> Unter dem Begriff Islamisten versteht man die Anhänger eines extremistischen Islamismus mit totalitärem Herrschaftsanspruch. Aufgrund ihrer gegen die demokratische Rechtsordnung gerichteten Bestrebungen sind islamistische Gruppen in Deutschland Objekt der Behörden für Verfassungsschutz. Dies betrifft jedoch nicht diejenigen Anhänger gemäßiger Richtungen des Islam, die sich gesetzestreu verhalten und das Grundrecht der freien Religionsausübung genießen und werden nicht beobachtet.

## ◆ „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)

### Allgemeine Darstellung

Der Kurdenkonflikt hat seinen Ursprung in der seit Jahrhunderten andauernden ethnischen, kulturellen und sozialen Diskriminierung des kurdischen Volkes. Die etwa 20 bis 25 Millionen Kurden leben nicht in einem eigenen Staat, sondern in Gebieten der Türkei, im Irak, im Iran, in Syrien und in Armenien. In der Türkei, wo etwa die Hälfte aller Kurden lebt, werden diese nicht als eigene Gruppe mit einer eigenen, kurdischen Identität anerkannt. Die Unterdrückung aus ethnischen Gründen sowie ökonomische Probleme führten zur Bildung einer Opposition in der kurdischen Bevölkerung gegen den türkischen Staat. Im Ergebnis dieser Entwicklung wurde am 27. November 1978 die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) offiziell gegründet. Seit 1991 steht ÖCALAN als Generalvorsitzender und unumschränkter Führer an ihrer Spitze. Seit August 1984 führt die Partei einen bewaffneten Kampf gegen den türkischen Staat, wobei sie auch terroristische Mittel einsetzt.

Die PKK ist eine straff organisierte, auf den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus basierende Kaderpartei. Sie verfügt über zwei internationale Teilorganisationen. Den militärischen Kampf führt die „Volksbefreiungsarmee Kurdistans“ (ARGK), für die gesamte Öffentlichkeitsarbeit in Westeuropa ist die „Nationalen Befreiungsfront Kurdistans“ (ERNK) zuständig.

Um den Kampf der PKK in der Türkei zu unterstützen und die Lage der Kurden aufmerksam zu machen, werden Angehörige der PKK und Sympathisanten auch in der Bundesrepublik Deutschland tätig. Nachdem die Situation infolge von Terroranschlägen gegen türkische Einrichtungen sowie die Verhinderung der Einreisegenehmigung im Jahre 1993 eskalierte, sprach der Bund

## AUSLÄNDEREXTREMISMUS

des Innern am 26. November 1993 ein Betätigungsverbot für die PKK und ihre Teilorganisation ERNK aus.

Trotz des Verbots verfügt die PKK im Bundesgebiet weit über eine konspirativ operierende, schlagkräftige Organisation. Die PKK hat die Bundesrepublik Deutschland in Bezirke und diese wiederum in Gebiete aufgeteilt. Die jeweiligen Organisationseinheiten werden von Funktionären wie Regionalleiter, Gebietsleiter, Teilgebietsleiter und Stadtverantwortlichen geleitet, die aus Sicherheitsgründen in bestimmten Zeitabständen gewechselt werden.

Mit einem breiten Aktionsspektrum, das sowohl öffentliche, wirksame, überwiegend gewaltfrei verlaufende Großveranstaltungen, als auch gewalttätige Auftritte beinhaltet, demonstriert die PKK ihre Präsenz und Stärke. Zunehmend ist sie auf einen moderateren, friedlichen Kurs bemüht mit dem Ziel, die Einhaltung des Betätigungsverbotes zu erreichen.

Zur Finanzierung des bewaffneten Kampfes in der Türkei und des gesamten Parteiapparates werden enorme Geldbeträge benötigt. Die Geldbeschaffung erfolgt durch Mitgliedsbeiträge, Einnahmen aus dem Verkauf von Publikationen und Übernahmen an Veranstaltungen und parteieigenen Unternehmen. Wichtigster Bestandteil sind Spendensammlungen. Jährlich wird eine Spendenkampagne initiiert. Die Zielstellung für die Kampagne 1997/98 in Deutschland betrug etwa 30 Millionen DM. Gespendet wird teilweise aus Verbundenheit mit der Partei, ein Teil werden Spendengelder aber auch unter Gewaltandrohung bis hin zur Gewaltanwendung erpresst. Das Eintreiben von Schutzgeldern gehört ebenfalls zu den Praktiken der PKK.

## Die PKK in Sachsen-Anhalt

In der Öffentlichkeit ist die PKK in Sachsen-Anhalt 1991 in Erscheinung getreten. Gleichwohl existieren hier straff in die Gesamthierarchie eingebundene Organisationsstrukturen. Die PKK versucht, die größtenteils in Gemeinschaftsumgebungen lebenden kurdischen Asylbewerber einer umfassenden politischen Erziehung zu unterziehen.

Regionale Schwerpunkte der Aktivitäten sind vor allem Magdeburg, Halle, Gardelegen (Altmarkkreis Salzwedel) sowie die umliegenden Städte und Umgebung. In Halle und Magdeburg wurden in den letzten Jahren deutsche Vereine gegründet, die einen PKK-Bezug aufweisen. Das Betätigungsfeld der PKK in Sachsen-Anhalt umfasst neben ideologisch-propagandistischen Aspekten auch Gefangenensuche und Gefangenenaustauschaktivitäten.

In Asylbewerberheimen werden Versammlungen abgehalten, bei denen die Kurden für die Ziele der PKK zu begeistern und zu politischer Unterstützung zu motivieren. Regelmäßig treten PKK-Funktionäre an die Kurden - sowohl Asylbewerber als auch Gewerkschaftsmitglieder - heran, um Beiträge und Spenden zu kassieren. Darüber hinaus sollen Publikationen der PKK gekauft werden. Die Nichterfüllung dieser Aufforderung nach Zahlung wird bei den Kurden durch Strafmaßnahmen diszipliniert. Die in den letzten Jahren aufgeführte Zahl der Gewalttaten, die den Straftatbeständen der räuberischen Erpressung sowie der gefährlichen Körperverletzung entsprechen, ist ein Beleg für die brutale Methode der Spendengeldeintreibung, wobei mit einer hohen Dunkelziffer aufgrund der vorherrschenden Angst bei den Betroffenen zu rechnen ist.

Der hohe Organisationsgrad der Partei zeigt sich in der hohen Mobilisierungsfähigkeit bei Teilnahme an bundes- und internationalen Großveranstaltungen der PKK. Hierzu werden in

## AUSLÄNDEREXTREMISMUS

sebusse angemietet, um die Teilnehmer zum Veransto zu transportieren. So beteiligten sich Kurden aus Sachsen an Demonstrationen im In- und Ausland. Veranstaltungen in Sachsen-Anhalt wurden anlässlich des jährlich von den Kurden gefeierten Neujahrsfestes NEWROZ am 21. März in Merseburg (Burgenlandkreis) und am 28. März in Halle organisiert und ohne Zwischenfälle durchgeführt. Zu Spontandemonstrationen von PKK-Sympathisanten kam es am 13. November in Merseburg und in Halle, nachdem die Verhaftung ÖCALANs bekanntgeworden war. Im Wesentlichen verliefen beide Demonstrationen friedlich.

Wegen des Verdachts der aktiven Betätigung für die PKK wurde die Polizei bei einigen Tatverdächtigen Wohnungsdurchsuchungen vor. Die hierbei aufgefundenen Spendengeldquittungen zeigen, dass mitunter große Summen an die PKK gespendet wurden. Diverses Propagandamaterial weist auf eine Einflussnahme der Partei auf die hier lebenden Kurden hin.

### **Zur Lage**

Mit der Festnahme Abdullah ÖCALANs in Rom am 12. November 1998 entstand für die PKK eine neue Situation. Einerseits besteht die Gefahr der Auslieferung ÖCALANs an die Türkei oder die Bundesrepublik Deutschland, andererseits versuchte die PKK durch einen vor einem internationalen Gerichtshof anhängigen Prozess die Lösung der Kurdenproblematik auf politischer Ebene voranzubringen.

Eine Auslieferung des PKK-Generälvorsitzenden an Italien lehnte Italien ab. Da die Bundesrepublik keinen Auslieferungsantrag stellte, wurde der Hausarrest für ÖCALAN aufgef

### ◆ Andere extremistische Ausländerorganisationen

Mit Wirkung vom 13. August 1998 verhängte das Bundesministerium des Innern Verbotsmaßnahmen gegen die bei der „Devrimci Sol“<sup>53</sup> hervorgegangenen Organisation „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C)<sup>54</sup> und die „Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-Front/-Devrimci Sol“ (THKP/-C/-Devrimci Sol)<sup>55</sup>. Beide Organisationen haben deren politische und ideologischen Vorstellungen übernommen. Ihre Tätigkeiten stoßen gegen deutsche Strafgesetze, richten sich gegen die Sicherheit und die öffentliche Ordnung. Aus Protest gegen die Verbotsmaßnahmen wurden im Stadtgebiet von Magdeburg Demonstrationen mit dem Slogan *„Eine Befreiungsbewegung ist nicht verboten werden!“* festgestellt. Darüber hinaus trat der Linksextremismus in Sachsen-Anhalt nicht in Erscheinung.

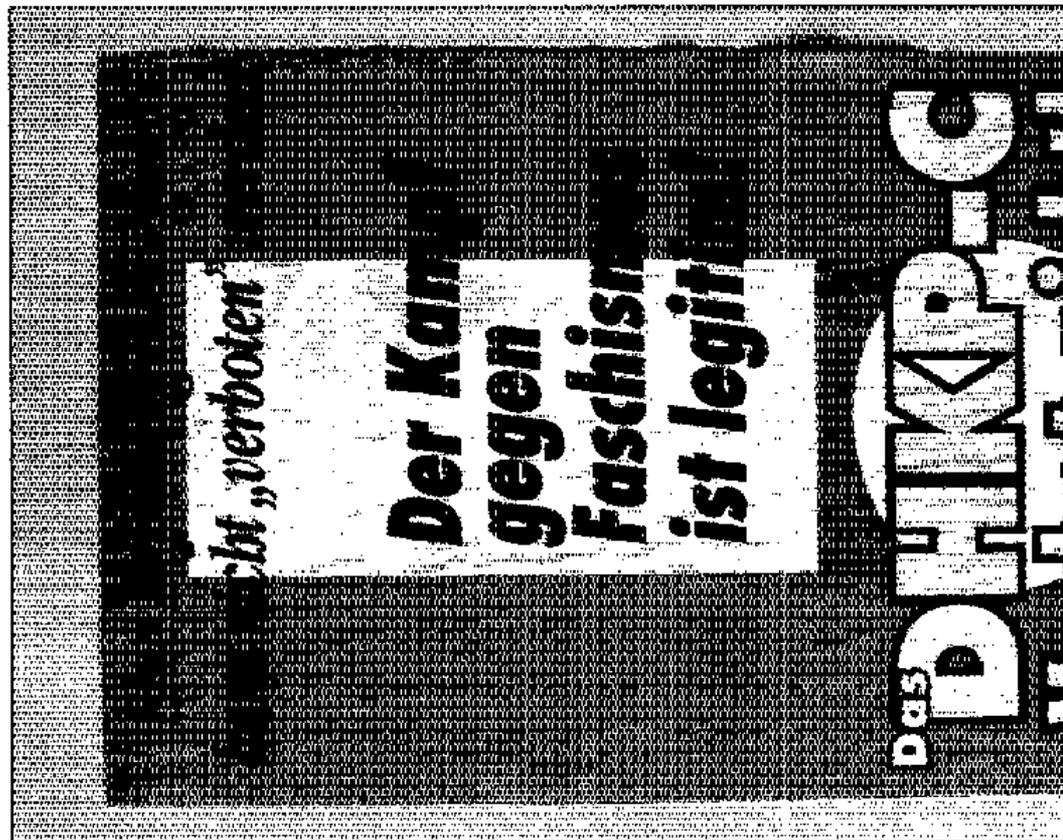
<sup>52</sup> Am 16. Januar 1999 verließ ÖCALAN als freier Mann Italien. Nachdem er in vielen Ländern erfolglos versucht hatte, einen sicheren Aufenthaltsort zu finden, wurde er am 15. Februar aus seinem vorläufigen Exil, der griechischen Botschaft in Kenia, entführt und in Deutschland gebracht. Die teilweise gewalttätigen Ausschreitungen, Kundgebungen und Demonstrationen in der Bundesrepublik wie ganz Europa zeigen die Fähigkeit der PKK zur Mobilisierung. Von entscheidender Bedeutung für die Politik der neuen PKK-Führung wird die Forderung der Türkei ÖCALAN einen fairen Prozess garantieren und eine politische Lösung des Konflikts anzustreben wird.

<sup>53</sup> Die „Devrimci Sol“ (Revolutionäre Linke) ist bereits durch Verfügung vom 27.01.1998 des Minister des Innern verboten worden.

<sup>54</sup> Die Partei DHKP-C wurde 1994 in Damaskus (Syrien) von Anhängern des ehemaligen „Devrimci Sol“-Führungsfunktionärs KARATAS gegründet. In der o.g. Verbotungsverfügung wurde die Partei als Ersatzorganisation der „Devrimci Sol“ verboten und aufgelöst.

<sup>55</sup> Die mit der DHKP-C konkurrierende THKP/-C-Devrimci Sol, die von Anhängern des ehemaligen „Devrimci Sol“-Führungsfunktionärs YAGAN gebildet wird, ist nicht formell als neue Organisation gegründet worden. Hier wurde lediglich ein Betätigungsverbot ausgesprochen.

# AUSLÄNDEREXTREMISMUS



## AUSLÄNDEREXTREMISMUS

### ♦ Ausländerextremistisch motivierte Straftaten<sup>56</sup>

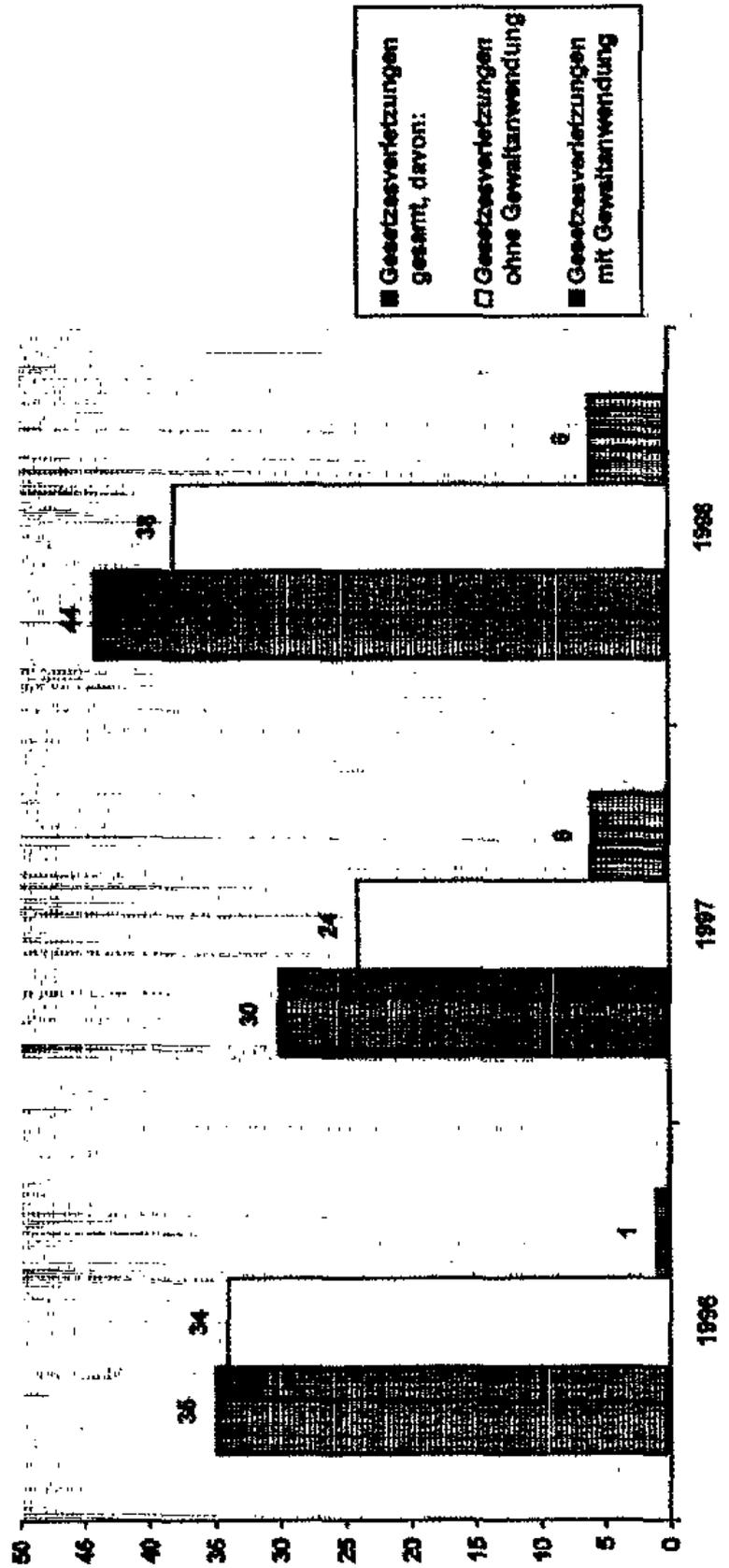
Im Jahr 1998 wurden in Sachsen-Anhalt 44 Straftaten länderextremistischem Hintergrund registriert. Von 39 Gewalttaten waren fünf gefährliche Körperverletzungen im Zusammenhang mit Spendengeldeintreibungen, in einem Zusammenhang mit räuberischer Erpressung. Bei den 38 sonstigen Straftaten wurde durch Betätigung für die „Arbeiterpartei“ (PKK) gegen das Vereinsgesetz verstoßen. Dazu gehörten Spenden für die PKK, Teilnahme an PKK-orientierten Demonstrationen und Plakatierungen. Damit ist gegenüber 1997 ein Anstieg der sonstigen Straftaten zu verzeichnen. Die Anzahl der Gewalttaten entspricht dem Vorjahresniveau.

AUSLÄNDEREXTREMISMUS	1996	1997
<b>Straftaten insgesamt:</b>	<b>35</b>	<b>30</b>
• Gewalttaten	1 <sup>57</sup>	6
• sonstige Straftaten	34	24

<sup>56</sup> Die Zahlen für 1998 ergeben sich aus der Statistik des Landeskriminalamtes.

<sup>57</sup> Ein versuchtes Tötungsdelikt.

## Gesetzesverletzungen mit erwiesenem oder zu vermutendem ausländerextremistischem Hintergrund



## V. „SCIENTOLOGY“-ORGANISATION

Die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder beschloss am 20. November, die Beobachtung der Scientology-Organisation (SO) durch die Behörden für den Innere Sicherheit fortzusetzen.

Die bislang angefallenen Erkenntnisse bestätigen, dass die SO tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die demokratische Grundordnung vorliegen. Diese beruhen sich im Wesentlichen auf Aussteigerberichten sowie auf den Aussagen und Aktivitäten der Organisation. Die Auswertung von Dokumentationen der SO zeigt eine Vielzahl tatsächlicher Anhaltspunkte dafür, dass bei der Organisation politisch bestimmte, zweckgerichtete Verhaltensweisen vorliegen. Dies folgt dem generellen Absolutheitsanspruch der scientologischen Philosophie. Dieser bezieht sich nicht nur darauf, im Besitz der Wahrheit zu sein, sondern erfasst den Menschen in allen persönlichen sowie zwischenmenschlichen und gesellschaftlichen politischen Lebensbereichen. Bereits vom Grundgedanken der Scientology ergeben sich politische Dimensionen allein dadurch, dass mit scientologischen „Techniken“ nicht nur der Mensch, sondern die gesamten gesellschaftlichen und staatlichen Verhältnisse im Sinn einer „Therapie“ verändert werden sollen. Die Aufgabe der Organisation ist die Beseitigung des demokratischen Systems und die Einrichtung einer neuen „*scientologischen Staatsordnung*“.

Nach den Lehren von Scientology ist die Welt zum Untergang verurteilt. Den einzig möglichen Weg zur Rettung zeigt die Scientology selbst auf. Mit einer vom amerikanischen Scientology-Schriftsteller Lafayette Ron HUBBARD (1911 - 1986) entwickelten Methode könne sich der Mensch selbst von allerlei psychischen und physischen Belastungen befreien.

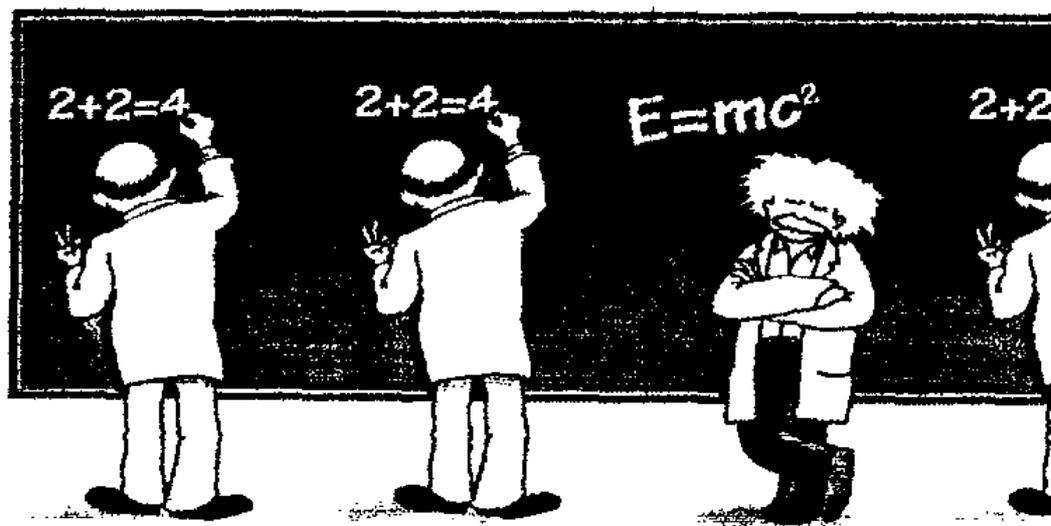
Scientology-Interessenten werden im Rahmen des „Bod“ gewonnen, das heißt durch wahllose Ansprache von meist in der Nähe einer SO-Niederlassung. Die Angesprochenen werden in die SO-Einrichtung gebeten, um dort unter anderem den „Oxford Capacity Test“<sup>58</sup> durchzuführen. Auf dessen Grundlage werden dann Kurse und Bücher zur Verbesserung der individuellen Lebenssituation sowie die SO-Mitgliedschaft angeboten. Der Verkauf von Kursen und Schulungsmaterialien, aber auch Mitgliedsbeiträge und „Spenden“ sind die Haupteinnahmequellen der SO.

Die Verfassungsschutzbehörden gehen derzeit von etwa 6.000 Scientology-Mitgliedern in der Bundesrepublik Deutschland aus. Für die SO-eigene Angabe von 30.000 Mitgliedern liegen keine Anhaltspunkte vor.

## Aktivitäten der SO

Die SO versucht sich in Form von Kundgebungen und Demonstrationen in der Öffentlichkeit darzustellen. Am 10. April demonstrierten etwa 1.500 Personen in Frankfurt/Main gegen die angeblich in Deutschland praktizierte Missachtung der Religionsfreiheit. Mit einer Kundgebung endete der anlässlich der in East Grinstead/Großbritannien gestartete und über europäische Städte führende „Marsch für Religionsfreiheit“. In Sachsen-Anhalt konnte bislang keine SO-Einrichtung registriert werden. Gleichwohl wurden - insbesondere an öffentlichen Stellen - diverse Broschüren versandt. In den Begleitaktivitäten warb die SO für ihre Belange.

<sup>58</sup> Hierbei handelt es sich um einen jede wissenschaftliche Seriosität außer Acht lassenden Intelligenztest mit 200 Fragen.



# SELBST DENKEN



Jeder kann rechnen.  
Aber 2 und 2 gibt nicht  
immer das Leben, was man  
angestrebt hat.

Die Wahrheit ist, daß die Leute, die ihre Träume  
verwirklichen, alles andere als ein mechanisches  
Leben führen. Sie sind innovativ. Kreativ. An der  
Schwelle von neuer Technologie. Sie bewegen die  
Kultur vorwärts. Schritt für Schritt.

Und das ist alles, worum es in  
der SCIENTOLOGY-Religion geht.  
Sich selbst kennen. Sein  
Potential verwirklichen. An sich  
selbst glauben. Selbst denken.

Man selbst sein.

## SCIENTOLOGY

ANWENDBARE RELIGIÖSE PHILOSOPHIE



230 Seiten, gebunden DM 24,00  
oder Taschenbuch 17,90 DM

Kaufen und lesen Sie:

**Scientology: Die Grundlagen des Denkens** von L. Ron Hubbard

Bestellen Sie noch heute! Mit neuwertigem Kupon, oder  
 24 h-Service: <http://www.scientology.de> Fax: 030 2620011  
<http://www.scientology.de>

© 1994 Scientology Foundation, Copyright der Scientology Church. Scientology ist ein geschütztes Markenname der Scientology Church. Alle Rechte vorbehalten. Dieses Dokument ist ein Produkt der Scientology Church. Es ist ein Produkt der Scientology Church. Es ist ein Produkt der Scientology Church. Es ist ein Produkt der Scientology Church.



Celebrity-Centre  
Scientology-Kirche e.V.

- Ich bestelle ... Exemplare des Buches
  - Scientology: Die Grundlagen des Denkens
  - gebunden, DM 24,00  Taschenbuch, DM 17,90
  - Bitte senden Sie mir mehr Informationen über Bücher von L. Ron Hubbard.
  - Versand per Rechnung
  - Ich zahle mit Vorkaufsguthaben (zuzügl. Bank)
- Wir garantieren vollständigen Versand!

NAME	VORNAME
------	---------

## **SCIENTOLOGY-ORGANISATION**

Die Verfassungsschutzbehörde hat für Hinweisgeber, und deren Angehörige, Opfer und Aussteiger der SO "trauliches Telefon" unter der Rufnummer

**(0391) 567 5909**

eingerrichtet. Hinweise werden vertraulich behandelt.

---

## VI. SPIONAGEABWEHR

### ◆ Allgemeines

Die Bundesrepublik Deutschland nimmt als Aufklärung die russischen, aber auch für andere osteuropäische D...nen Spitzenplatz ein. Ähnliches gilt für Nachrichtendien...dem Nahen und Mittleren Osten, die durch Einbindung...Hilfe ihrer Nachrichtendienste versuchen, in den Besit...zeugnissen zu gelangen, die Exportbeschränkungen und

Bezogen auf Sachsen-Anhalt wurden jedoch keine Hin...wonnen, die auf vermehrte nachrichtendienstliche A...schließen lassen.

### ◆ Spionageabwehr mit Hilfe der Bevölkerung

Wirkungsvolle Spionageabwehr ist nur mit Hilfe der Bev...möglich. Die Verfassungsschutzbehörde bittet jede Bürg...jeden Bürger, die von der Tätigkeit fremder Geheimdien...gen die Bundesrepublik Deutschland und ihre Ver...Kenntnis haben oder von solchen Nachrichtendienst...sprochen oder zur Mitarbeit aufgefordert worden sind...sen im Interesse unseres freiheitlichen Staatswesens, o...der eigenen Sicherheit wegen, zu offenbaren. Das gilt...diejenigen, die schon im fremden Interesse nachrichten...tätig geworden sind. Ihnen können die Verfassungssch...den helfen, sich aus einer für ausweglos gehaltenen...befreien. Voraussetzung hierfür ist die freiwillige Auf...nachrichtendienstlichen Tätigkeit und eine umfassende...rung.

Die Verfassungsschutzbehörde in Sachsen-Anhalt bie...jederzeit ihre Hilfe an. Vertraulichkeit ist zugesichert.

### ◆ Fortwirkende Strukturen und Tätigkeiten der Aufklärungs- und Abwehrdienste der DDR

Wie in den Vorjahren sind auch 1998 in Sachsen-Anhalt Strukturen und Tätigkeiten der Aufklärungs- und Abwehrdienste der ehemaligen DDR festgestellt worden, deren Ziel es wäre, durch organisierte Handlungen die äußere Sicherheit zu gefährden<sup>59</sup> oder kriminelle oder terroristische Vereinigungen zu bilden.<sup>60</sup>

---

<sup>59</sup> §§ 94 - 99 des Strafgesetzbuches.

<sup>60</sup> §§ 129, 129a des Strafgesetzbuches.

## VII. GEHEIMSCHUTZ

### ◆ Allgemeines

Alle Institutionen des Bundes und der Länder sowie die Bevölkerung selbst müssen sich darauf verlassen können, dass Institutionen, deren Kenntnisnahme durch Unbefugte den Bestrebungen, lebenswichtige Interessen der Bundesrepublik Deutschland ihrer Länder gefährden können, als im staatlichen Interesse geheimzuhaltende Informationen (Verschlussachen - VS) voll geschützt werden. Besondere vorbeugende Maßnahmen, sogenannte personelle und materielle Geheimschutz, sind zu gewährleisten. Zudem ist die Bundesrepublik Deutschland Mitglied der NATO und anderer über- oder zwischenstaatlichen Einrichtungen gehalten, bestimmte Sicherheitsnormen einzuhalten.

Die Verfassungsschutzbehörde wirkt gemäß § 4 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Land Sachsen-Anhalt vom 14. Juli 1992 (GVBl. LSA S. 590) bei Geheimschutzverfahren im Behörden- und Wirtschaftsbereich mit.

### ◆ Geheimschutz im Behördenbereich

#### – Personeller Geheimschutz

Maßgeblich für den personellen Geheimschutz ist die Sicherheitsüberprüfung. Sie ist notwendige Voraussetzung für die Ermächtigung einer Person zum Zugang zu im staatlichen Interesse geheimzuhaltenden Informationen (Verschlussachen). Die Aufgabe der Sicherheitsüberprüfung ist es, die Eignung der Person für eine so empfindliche Position festzustellen, ob eine Person für eine so empfindliche Position geeignet ist. Dabei gilt es, etwaige Sicherheitsrisiken herauszufinden oder auszuschließen.

Ferner führt die Verfassungsschutzbehörde im Bereich geheimschutzes Tagungen und Schulungen für die Gehebeauftragten der Ministerien sowie der oberen und Landesbehörden durch.

## – **Materieller Geheimschutz**

Der materielle Geheimschutz befasst sich mit technischen organisatorischen Sicherheitsvorkehrungen, die erschweren, dass Unbefugte an geschützte Informationen gelangen. Die Verfassungsschutzbehörde hat hierbei die Aufgabe, die Stellen des Landes zu beraten, wie sie am besten die notwendigen Sicherungsmaßnahmen planen und durchführen können.

## ◆ **Geheimschutz in der Wirtschaft**

Neben den erforderlichen Maßnahmen auf dem Gebiet des geheimschutzes in Behörden muss der Staat auch sensible Wirtschaftssphären seiner Wirtschaft schützen, die mit der Ausführung wichtiger und tungsbedürftiger öffentlicher Aufträge betraut sind.

Die Erfahrungen haben gezeigt, dass sich die Aktivitäten von Nachrichtendiensten nicht nur gegen staatliche Institutionen, sondern in starkem Maße auch gegen Wirtschaftsunternehmen richten.

Ein wirksames Geheimschutzsystem soll hier gewährleisten, dass die gegen die deutsche Wirtschaft gerichteten Ausspähsuche durch gezielte Maßnahmen im vorbeugenden Bereich abgewehrt werden können, um irreparable Schäden zu vermeiden.

## VIII. VERFASSUNGSSCHUTZ IN SACHSEN-

### ◆ Grundlagen und organisatorische Ausgestaltung fassungsschutzes

Die geschichtlichen Erfahrungen der Weimarer Republik, den Angriffen von rechts und links schutzlos ausgesetzt, schließlich vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten *musste*, veranlassten die Verfasser des Grundgesetzes die Bundesrepublik Deutschland als streitbare Demokratie zu gestalten.

Zur Verteidigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung enthält das Grundgesetz Schutzvorkehrungen.

Hierzu gehören:

- die Verwirkung bestimmter Grundrechte, wenn diese im Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht werden (Artikel 18 Grundgesetz),
- das Recht, Parteien (Artikel 21 Absatz 2 Grundgesetz) und sonstige Vereinigungen (Artikel 9 Absatz 2 Grundgesetz) zu verbieten, wenn diese darauf abzielen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen,
- die Unabänderlichkeit wesentlicher Grundsätze der Verfassung wie zum Beispiel der Schutz der Menschenwürde und fundamentaler Verfassungsgrundsätze (Artikel 1 Absatz 3 Grundgesetz).

Der Grundgesetzgeber maß dem Verfassungsschutz im komplexen Schutzsystem eine wichtige Rolle zu. Er hat zur Errichtung von Zentralstellen zur Sammlung von Nachrichten und Unterlagen über Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung verfügt.

## ALLGEMEINES

mokratische Grundordnung und die Sicherheit von Ländern ermächtigt.

Die Länder haben ihre Verfassungsschutzbehörden entweder als Teil des Innenministeriums oder als selbständige Landesbehörden organisiert.

Das 1990 novellierte Bundesverfassungsschutzgesetz enthält Bestimmungen über Aufgaben und Befugnisse des Bundesamtes für Verfassungsschutz und berücksichtigt wichtige datenschutzrechtliche Forderungen, die das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung zum Volkszählungsgesetz aufgegeben hat. Das Gesetz über den Verfassungsschutz im Land Sachsen-Anhalt aus dem Jahr 1992 orientiert sich am Verfassungsschutzgesetz des Bundes.

Bis 7. April 1999 nahm das Landesamt für Verfassungsschutz die Aufgaben des Verfassungsschutzes wahr, seitdem ist das Ministerium des Innern Verfassungsschutzbehörde des Landes Sachsen-Anhalt und unterhält für diese Aufgabe eine gesonderte Abteilung.

Zu erreichen ist die Verfassungsschutzabteilung wie folgt:

Ministerium des Innern  
des Landes Sachsen-Anhalt  
Abteilung 5  
Zuckerbusch 15  
39114 Magdeburg

o d e r

Ministerium des Innern  
des Landes Sachsen-Anhalt  
Abteilung 5  
Postfach 18 49  
39008 Magdeburg

Telefon: 0391/567 3900

Telefax: 0391/567 3900

### ◆ Aufgaben des Verfassungsschutzes

Die Aufgaben der Verfassungsschutzbehörde Sachsen sind in § 4 VerfSchG-LSA definiert:

#### „§ 4

#### Aufgaben der Verfassungsschutzbehörde

- (1) Aufgabe der Verfassungsschutzbehörde ist die Sammlung und Auswertung von Informationen, insbesondere von sach- und personenbezogenen Auskünften, Nachrichten und Unterlagen über
1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine wesentliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes zum Ziel haben,
  2. fortwirkende Strukturen und Tätigkeiten der Spionage- und Abwehrdienste der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, insbesondere des Ministeriums für Staatssicherheit oder des Amtes für Staatssicherheit, im Sinne der §§ 94 bis 99, 129, 130 des Strafgesetzbuches,
  3. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Aktivitäten für eine fremde Macht im Geltungsbereich des Grundgesetzes,
  4. Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

## ALLGEMEINES

- (2) Die Verfassungsschutzbehörde wirkt auf Ersuchen ständigen öffentlichen Stellen mit
1. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen, öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertrauen, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihr beschaffen können,
  2. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen, sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- oder dungswichtigen Einrichtungen beschäftigt werden sollen, welche das zuständige Ministerium einzelnen bestimmt hat,
  3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen Kenntnisnahme durch Unbefugte.

Für die Mitwirkung des Verfassungsschutzes an der Sicherheitsüberprüfung nach Satz 1 ist die Einwilligung der betroffenen Person erforderlich. Ehegatten, Verlobte und andere in die Überprüfung einbezogene Personen, die mit der betroffenen Person in Lebensgemeinschaft zusammenlebt, dürfen in die Sicherheitsüberprüfung ebenfalls nur mit ihrer Einwilligung einbezogen werden.

- (3) Die Mitwirkung der Verfassungsschutzbehörde gemäß Satz 2 setzt im Einzelfall voraus, dass die betroffenen Personen und andere in die Überprüfung einbezogene Personen über Zweck und Verfahren der Überprüfung einschließlich der Verarbeitung der erhobenen Daten durch die beteiligten Dienststellen vorab unterrichtet werden.“

### ◆ Keine polizeilichen Befugnisse

Die Verfassungsschutzbehörde hat keine polizeilichen Befugnisse. Ihre Mitarbeiter sind also nicht berechtigt zu verhören, festzunehmen, anzuhalten, zu beschlagnahmen oder durchsuchen. Dies obliegt allein der Polizei. Die Verfassungsschutzbehörde darf auch nicht im Wege der Amtshilfe um die Durchführung von Maßnahmen ersuchen, zu denen sie selbst nicht befugt ist.

### ◆ Methoden und Mittel nachrichtendienstlicher Tätigkeiten

Wo die offene Informationserhebung nicht möglich ist und ein besonderer Erfolg verspricht, darf die Verfassungsschutzbehörde nachrichtendienstliche Mittel einsetzen:

Der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel kann dann erlaubt werden, wenn eine Organisation oder Gruppierung sich durch den totalen Ausschluss der Öffentlichkeit zusammenfindet oder sich generell konspirativ verhält, um ihre wahren Absichten zu verbergen. Weil ihr Einsatz einen Eingriff in die grundgesetzlich geschützte Privatsphäre und die Freiheitsrechte des Einzelnen darstellt, ist er nur zulässig, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere, den Betroffenen weniger beeinträchtigende Weise nicht möglich ist und nicht erkennbar außer Verhältnis zur Aufklärung des aufzuklärenden Sachverhalts steht.

Die nachrichtendienstlichen Mittel sind in § 47 Absatz 1 des Verfassungsschutzgesetzes (VStG) LSA aufgeführt:

### „§ 7

### Befugnisse der Verfassungsschutzbehörde

- (3) Die Verfassungsschutzbehörde darf mit nachrichtendienstlichen Mitteln, insbesondere durch Einsatz von Verdeckten, Informanten und Gewährspersonen, Observation, Bildaufzeichnungen und die Verwendung von Tonaufzeichnungen

## ALLGEMEINES

und Tarnkennzeichen Informationen verdeckt erh  
nachrichtendienstlichen Mittel sind in einer Diens  
zu benennen, die auch die Zuständigkeit für die A  
solcher Informationsbeschaffung regelt. Die Diens  
ist der Parlamentarischen Kontrollkommission zu  
den.“

Das einschneidendste nachrichtendienstliche Mittel ist  
Post- und Telefonkontrolle. Hierdurch wird das Grundr  
Artikel 10 Grundgesetz beeinträchtigt, so dass der Ein  
solchen Mittels nur auf der Grundlage eines Gesetzes  
darf. Mit dem Gesetz zur Beschränkung des Brief-,  
Fernmeldegeheimnisses (allgemein „G 10“ genannt)  
entsprechenden Landesausführungsgesetz sind in Sachs  
die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen. Auch  
dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit Rechnung getra

### ◆ Datenschutz

Zur Aufgabenerfüllung der Verfassungsschutzbehörde  
personenbezogene Daten sind gemäß den im Ver  
schutzgesetz enthaltenen datenschutzrechtlichen Bestir  
zu behandeln.

Die Verfassungsschutzbehörde darf personenbezogen  
nicht unbegrenzt oder auf Vorrat speichern. War eine  
rung unzulässig oder ist die Kenntnis der gespeichert  
nicht mehr erforderlich, sind diese zu löschen. Müsst  
gelöscht werden, sind zugleich die zur Person geführten  
vernichten (Näheres siehe § 11 VerfSchG-LSA). Daten zu  
jährigen unter 16 Jahren dürfen in Dateien nicht ge  
werden. Personenbezogene Daten dürfen nur unter er  
aussetzungen an Dritte übermittelt werden. Die Ver  
schutzbehörde übermittelt den Strafverfolgungsbehörde  
nenbezogene Daten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte

stehen, dass die Datenübermittlung zur Verhinderung der Verfolgung von Staatsschutzdelikten erforderlich ist.

### ◆ Auskunftserteilung

Jedermann kann die unentgeltliche Auskunft über die Person gespeicherten Daten beantragen. Die Behörde ist nach § 14 VerSchG-LSA grundsätzlich verpflichtet, Auskunft zu erteilen, soweit der Bürger auf einen konkreten Sachverhalt und ein besonderes Interesse an einer Auskunft darlegt.

Die Auskunft hat zu unterbleiben, wenn die Verweigerungsgründe vorliegen, die bereits das Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten der Bürger (DSG-LSA) in § 15 Absatz 4 aufzählt. In diesen Verweigerungsgründen kommt als spezieller Grund für die Auskunftsverweigerung die Gefährdung von Quellen oder die Gefahr der Ausweitung ihres Erkenntnisstandes oder ihrer Arbeitsweise hinzu.

### ◆ Kontrolle

Die Verfassungsschutzbehörde unterliegt der üblichen parlamentarischen Kontrolle durch das Parlament, den Landesrechnungshof und die Gerichte.

Zusätzlich wird die Landesregierung auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes durch die Parlamentarische Kontrollkommission des Landtages kontrolliert. Die Landesregierung hat die Kommission umfassend über die allgemeine Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde und über Vorgänge von besonderer Bedeutung zu unterrichten. Die aus Abgeordneten des Landtages bestehende Kontrollkommission tritt mindestens vierteljährlich zusammen. Unter bestimmten Voraussetzungen hat sie das Recht auf Erteilung von Auskünften, Einsicht in Akten und andere

## ALLGEMEINES

lagen, Zugang zu Einrichtungen der Verfassungsschutz sowie auf Anhörung von Auskunftspersonen.

### ◆ **Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes**

Die Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes leistet die notwendigen geistig-politischen Auseinandersetzung (antiterroristische und terroristische) Gedankenwelt einen Beitrag, der letztlich dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland gewährleistet, dass Regierung und Parlament, aber auch Bürger über die Aktivitäten und Absichten verfassungsschutzrelevanter Organisationen informiert werden.

Die Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes informiert

- die Institution des Verfassungsschutzes und
- die offen verwertbaren Ergebnisse der nachrichtendienstlichen Facharbeit.

Im Berichtsjahr wurden zahlreiche Vorträge und Diskussionen in Bildungseinrichtungen von Referenten der Verfassungsschutzbehörde gestaltet.

Der Unterrichtung der Öffentlichkeit dient der jährlich herausgegebene Verfassungsschutzbericht, der seit 1995 auch in deutscher Sprache unter

<http://www.mi.sachsen-anhalt.de/broinfo/verfber9>

nachzulesen ist.

Auf Anfrage stellt die sachsen-anhaltische Verfassungsschutzbehörde Referenten für Informationsveranstaltungen zur Verfügung.

## ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AA/BO	Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation
AIZ	Antiimperialistische Zelle
ARGK	Volksbefreiungsarmee Kurdistans
BPjS	Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften
DE	Demokratische Erneuerung
DHKP-C	Revolutionäre Volksbefreiungspartei-CP
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DNZ	Deutsche Nationalzeitung
DSG-LSA	Datenschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt
DSU	Deutsche Soziale Union
DVU	Deutsche Volksunion
DWZ/DA	Deutsche Wochenzeitung/Deutscher Arbeiterblock
FAP	Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei
FAZ	Freie Antifaschistische Zelle
FVB	Freiheitlicher Volks Block
HVD	Heimattreue Vereinigung Deutschland
JN	Junge Nationaldemokraten
KON-KURD	Konföderation kurdischer Vereine in Deutschland
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPD (Ost)	Kommunistische Partei Deutschlands
KPF	Kommunistische Plattform der PDS
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands

## ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

NIT	Nationales Infotelefon
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschl
OAP	Offenes Antifaschistisches Plenum
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PKK	Arbeiterpartei Kurdistans
RAF	Rote Armee Fraktion
REP	Die Republikaner
RH	Rote Hilfe e. V.
SO	Scientology-Organisation
THKP/-C- Devrimci Sol	Türkische Volksbefreiungspartei/-front Revolutionäre Linke
VerfSchG-LSA	Gesetz über den Verfassungsschutz im Sachsen-Anhalt
VS	Verschlusssache

---

## STICHWORTVERZEICHNIS

### A

- Altmark 5, 38, 46  
Anhalt-Zerbst (Landkreis) 20, 32, 34  
Anti-Atomkraft-Bewegung 60  
Anti-EXPO-AG 61  
Antifaschismus 2, 53, 56  
Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation (AA)  
52  
Antiimperialistische Zelle (AIZ) 66  
Antisemitismus 28  
Arbeit für Sachsen-Anhalt (DSU-Die Republikaner-DE)  
Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) 2, 72, 78  
Ausländerextremismus 2, 78  
Autonome, Autonomenszene 2, 42, 49, 51, 52, 53, 54,  
56, 58, 60, 61

### B

- Bad Kösen (Burgenlandkreis) 33  
Barby (Landkreis Schönebeck) 44  
Bitterfeld 9, 61  
Blankenburg (Landkreis Wernigerode) 6, 18, 46  
Blood & Honour 7  
BÖTTCHER, Frank 20, 54, 55  
Bundesamt für Verfassungsschutz 89  
Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften 9  
Bundesverfassungsschutzgesetz 89  
Burgenlandkreis 29, 33, 44, 75

## STICHWORTVERZEICHNIS

### C

Castor 53, 60, 61  
Coswig (Landkreis Anhalt-Zerbst) 20

### D

Datenschutz 93, 94  
Demokratische Erneuerung (DE) 32  
Der Alzheimer (Publikation) 56, 57  
Der Harz-Sturm (Fanzine) 5, 19  
Dessau 2, 9, 20, 29, 56, 58, 61, 74  
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) 68  
Deutsche National-Zeitung (DNZ) (Publikation) 27  
Deutsche Soziale Union (DSU) 32  
Deutsche Stimme (Publikation) 38  
Deutsche Volksunion (DVU) 1, 25, 27, 28, 29, 30, 33, 35, 36, 48, 56, 58  
Deutsche Wochen-Zeitung/Deutscher Anzeiger (DWZ/D) (Publikation) 27  
Devrimci Sol 76  
Die Nationalen e. V. 19  
Die Republikaner (REP) 1, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 4  
Die Rote Hilfe (Publikation) 58, 66, 67  
Diesdorf (Altmarkkreis Salzwedel) 44

### E

Elbingerode (Landkreis Wernigerode) 17  
EXPO 2000 53, 61, 62

## STICHWORTVERZEICHNIS

### F

- Fanzine 5, 10, 19  
Freie Nationalisten 42  
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) 17, 19  
Freiheitlicher Volks Block (FVB) 1, 20, 21, 22, 23  
Fremdenfeindlich motivierte Gewalt 15  
FREY, Dr. Gerhard 27, 29, 30  
FVB-Spiegel (Publikation) 21

### G

- Gardelegen (Altmarkkreis Salzwedel) 74  
Geheimschutz 86, 87  
Gesetz über den Verfassungsschutz im Land Sachsen-Anhalt 86, 89, 93  
Gewalttaten 1, 13, 15, 16, 54, 62, 64, 65, 74, 78  
Gommern (Landkreis Jerichower Land) 46  
Gräfenhainichen (Landkreis Wittenberg) 5  
Großkorbetha (Landkreis Weißenfels) 9  
Grundgesetz 88, 90, 93

### H

- Halle 2, 7, 10, 22, 29, 38, 58, 67, 74, 75  
Hammerskin 7, 8  
Harzbereich 5, 17  
Harzblick-Szene 18  
Heimattreue Vereinigung Deutschlands (HVD) 20  
HEISE, Thorsten 17, 18

## STICHWORTVERZEICHNIS

Helbra (Landkreis Mansfelder Land) 22  
HESS, Rudolf 20, 43, 44, 45  
Hettstedt (Landkreis Mansfelder Land) 44  
HÖBER, Wolfgang 32, 33, 34, 35  
HUBBARD, Lafayette Ron 80  
HUPKA, Steffen 18, 38, 42, 60

### I

Infotelefon 47, 52  
INTERIM (Publikation) 49, 55, 60  
Internet 1, 2, 7, 47, 48, 52, 95  
Islamisten 71  
Islamistische Gruppierungen 70, 71

### J

Jerichower Land (Landkreis) 46  
Jugendbund Wernigerode e. V. 18  
Junge Nationaldemokraten (JN) 1, 36, 40

### K

Kalbe/Milde (Altmarkkreis Salzwedel) 58  
Kameradschaften 1, 6, 17, 38, 42, 46  
KÄS, Christian 35  
Klötze (Altmarkkreis Salzwedel) 6, 42, 44  
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 68  
Kommunistische Plattform der PDS (KPF) 68, 69

## STICHWORTVERZEICHNIS

Kraftschlag (Skinhead-Band) 10  
KRAUSE, Dr. Rudolf 33, 34  
KYFFHÄUSER.BBS 6

### L

Landesamt für Verfassungsschutz 89  
Laucha (Burgenlandkreis) 44  
LEHMANN, Hermann 34  
Linksextremismus 2, 49, 76  
Linksextremistische Parteien und Organisationen 2, 67  
Linksextremistische Szene 2, 54, 56, 61, 66  
Linksterroristische Bestrebungen 49, 65

### M

Madcorps (Skinhead-Band) 9  
Magdeburg 2, 5, 6, 20, 29, 32, 38, 40, 44, 53, 54, 55  
61, 67, 74, 75, 76, 89  
Mailbox 6, 47, 52  
Mansfelder Land (Landkreis) 22, 44  
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) 6  
Materieller Geheimschutz 87  
Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt 89  
Mitteldeutscher Kurier (Publikation) 33  
Mitteldeutscher Musikversand 10

## STICHWORTVERZEICHNIS

### N

- Nachrichtendienstliche Mittel 92, 93  
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 1, 6, 25, 34, 36, 37, 38, 39, 40, 42, 46  
Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) 72, 73  
Nationale Infotelefone (NIT) 47  
Nationalsozialismus 20  
Naumburg (Burgenlandkreis) 29  
Neonazismus 4  
Neonazistische Gruppierungen 1, 20, 21  
Neonazistische Szene 23, 43  
Newroz 75

### O

- ÖCALAN, Abdullah 3, 72, 75, 76  
Offenes Antifaschistisches Plenum (OAP) 56  
Ohrekreis 46  
Ostara (Fanzine) 5, 6, 44  
Ostara-Skinhead 6

### P

- Parlamentarische Kontrollkommission 94  
Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) 39, 68, 70  
Personeller Geheimschutz 86  
PETRASCHKEK, Konrad 23  
Propagandadelikt 8  
Propagandamaterial 10, 21, 44, 75

## STICHWORTVERZEICHNIS

### Q

Quedlinburg 6, 17, 18, 46, 60

### R

Rechtsextremismus 1, 4, 15

Rechtsextremistische Parteien und Organisationen 4, 2

Rechtsextremistische Szene 5, 8, 10, 17, 18, 19, 23, 25, 42

Rechtsterroristische Bestrebungen 2

Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C) 7

RIEMANN, Elke 30

ROOCK, Konrad 22

Roßlau (Landkreis Anhalt-Zerbst) 20

Rote Armee-Fraktion (RAF) 65, 66

Rote Hilfe e. V. 58, 66, 67

Rübeland (Landkreis Wernigerode) 17

### S

Salzwedel 6, 29, 42, 44, 74

Sandersdorf (Landkreis Bitterfeld) 9

Sangerhausen 5, 6, 25, 44, 46

SCHLIERER, Dr. Rolf 30, 32, 33, 34, 35, 36

Schönebeck 6, 44

SCHWERDT, Frank 19

Scientology-Organisation (SO) 3, 80, 82

Sicherheitsüberprüfung 86, 91

Skinhead-Band 8, 9

## STICHWORTVERZEICHNIS

Skinheadszene 4, 5, 6, 42  
Spendengeldeintreibung 74, 78  
Spionageabwehr 84  
Stendal 29, 40  
Stormfront 88 5  
Straftaten 2, 13, 19, 62, 78

### T

Tangerhütte (Landkreis Stendal) 6, 40  
Tangermünde (Landkreis Stendal) 6  
Terrorismus 49, 65  
Thale (Landkreis Quedlinburg) 18  
Tonstörung (Skinhead-Band) 9  
Türkische Volksbefreiungspartei/-Front/-Devrimci Sol (T  
C-Devrimci Sol) 76

### U

Ultima-Tonträgervertrieb 7

### V

Verfassungsschutz 1, 29, 70, 80, 86, 88, 89, 90, 94, 9  
Verfassungsschutzbehörden 3, 70, 81, 84, 89  
Verschlussachen - VS 86  
Viento contrario 56  
VOIGT, Udo 36, 37  
Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK) 72

## STICHWORTVERZEICHNIS

Volkstreue Zeiten (Publikation) 23, 24  
VOSS, Wolf Gerald 30

### W

Wernigerode 5, 6, 17, 18  
WETZEL, Bruno 28  
White Power-Skinhead 6  
WIECHMANN, Rudi 25  
Wittenberg 5, 19, 61  
WOLF, Helmut 29  
WORCH, Christian 40

### Z

Zeitz (Burgenlandkreis) 75  
Zerbst (Landkreis Anhalt-Zerbst) 32, 34  
Zielitz (Ohrekreis) 44